



**Landkreis
Osterholz**

DER LANDRAT

Landkreis Osterholz

Zentrale Vergabestelle

Osterholzer Straße 23, 27711 Osterholz-Scharmbeck, Deutschland

Annika Stolle
vergabe@landkreis-osterholz.de

Tel.Nr.: +49 47919301293

Fax-Nr.: +49 4791930111299

Regionalmanagement Nordostniedersachsen - Wasserstoffwirtschaft
Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb (EU)

Ausschreibungsnr.: 2026002554

Vergabeunterlagen

Inhaltsverzeichnis

Teilnahmeunterlagen.....	1
Veröffentlichungstexte Teilnahmewettbewerb.....	1
.....	2
00_REM-Wasserstoffwirtschaft_VgV_Information	2
Informationen zur Einreichung der Bewerbung	2
01_REM-Wasserstoffwirtschaft_VgV_Teilnahmewettbewerb	8
Aufforderung zum Teilnahmewettbewerb.....	8
3.1 Folgende Nachweise, Angaben und Unterlagen sind mit dem Teilnahmeantrag einzureichen:	9
3.2 Vorlage von mit dem Teilnahmeantrag auf gesonderter Anlage vorzulegenden Unterlagen zu	9
7.1 Maßgebende Mindeststandards, die vom Bewerber zu erfüllen sind:.....	9
7.2 Maßgebende Kriterien und Wichtungen für die Wertung der Teilnahmeanträge (Interessensb	10
Der Auftraggeber behält sich vor, den Auftrag auf der Grundlage der Erstangebote zu vergeben,	11
02_REM-Wasserstoffwirtschaft_VgV_EU_Teilnahmebedingungen.....	12
03_REM-Wasserstoffwirtschaft_VgV_Information-Datenschutz	14
04_REM_Wasserstoffwirtschaft_VgV_Aufgaben-_und_Leistungsbeschreibung_Entwurf.....	15
05-0_REM-Wasserstoffwirtschaft_VgV_Vertragsentwurf.....	45
05-1_REM-Wasserstoffwirtschaft_VgV_Vertrag_Anlage-AVB.....	51
§ 1 Leistungsumfang	53
§ 2 Geltungsreihenfolge	53
§ 3 Unterlagen.....	53
§ 4 Weitere Pflichten des Auftragnehmers.....	54
§ 5 Unterauftragnehmer	54
§ 6 Verpflichtung nach Verpflichtungsgesetz	55
§ 7 Zusammenarbeit zwischen Auftraggeber, Auftragnehmer und anderen fachlich Beteiligten.....	55
§ 8 Vertretung des Auftraggebers durch den Auftragnehmer	56
§ 9 Vergütung	56
§ 10 Zahlungen	56
§ 11 Urheberrecht	57
§ 12 Kündigung, Schadensersatz	57
§ 13 Abnahme	58
§ 14 Mängelansprüche und deren Verjährung	58
§ 15 Haftung.....	59
§ 16 Haftpflichtversicherung.....	59
§ 17 Erfüllungsort, Streitigkeiten, Gerichtsstand, Sprache.....	59
§ 18 Arbeitsgemeinschaft.....	60
§ 19 Schriftform	60
§ 20 Umsatzsteuer	60
05-2_REM-Wasserstoffwirtschaft_VgV_Vertrag_Anlage-ZVB.....	61
Eignungskriterien.....	65

Allgemeine Informationen zum Verfahren

I. Allgemeines

Es ist beabsichtigt, die in anliegender Leistungsbeschreibung bezeichneten Leistungen zu vergeben. Einzelheiten ergeben sich aus den Vergabeunterlagen. Auskünfte erteilt der Auftraggeber (Zentrale Vergabestelle). Bieterfragen können im Angebotsassistenten über die Bieterkommunikation (Nachrichten) an die Zentrale Vergabestelle gerichtet werden.

Der Einwand, dass der Bieter über den Umfang der Leistung oder über die Art und Weise der Ausführung nicht genügend unterrichtet gewesen sei, ist ausgeschlossen.

Der Bieter trägt die Verantwortung dafür, dass für die Angabe sämtlicher personenbezogener Daten die notwendigen Einverständniserklärungen vorliegen.

Andere, als die in den Vergabeunterlagen genannten Bedingungen werden nicht Vertragsbestandteil. Dies gilt insbesondere für Geschäfts-, Liefer- oder Zahlungsbedingungen des Bewerbers oder Bieters.

»Allgemeine Informationen zum Verfahren

Projektnummer/-name:	2026002554 / Regionalmanagement Nordostniedersachsen - Wasserstoffwirtschaft
Auftraggeber:	Innovationsagentur Nordostniedersachsen INNO.NON GmbH
Projektbeschreibung:	In den elf Landkreisen des ehemaligen Regierungsbezirkes Lüneburg besteht seit 2020 ein Regionalmanagement Wasserstoffwirtschaft. Dieses versteht sich als landkreisübergreifende Koordinierungs- und Unterstützungsstruktur, die darauf ausgerichtet ist, regionale Potentiale zu erschließen und Entwicklungsprozesse zu beschleunigen. Die Arbeit des Regionalmanagements zielt darauf ab, tragfähige Rahmenbedingungen für unternehmerische Aktivitäten zu verbessern und die Region Nordostniedersachsen als Wasserstoff- und Transformationsstandort weiter zu stärken. Diese Aktivitäten sollen weitergeführt und inhaltlich weiterentwickelt werden. Das Regionalmanagement ist organisatorisch so aufzustellen, dass eine wirksame Unterstützung der regionalen Entwicklungsprozesse als auch eine Verstärkung der aufgebauten Strukturen ermöglicht wird. Die entsprechenden Arbeitspakete sind in der Aufgaben- und Leistungsbeschreibung aufgeführt. Das Gesamtvolumen ist bei dreijähriger Laufzeit mit € 1,0 Mio brutto kalkuliert, wovon ca. € 0,66 Mio brutto für externe Dienstleistungen vorgesehen sind. Die Maßnahme wird voraussichtlich mit Bundesmitteln im Rahmen des GRW-Koordinierungsrahmen gefördert. Die für das Regionalmanagement zu erbringenden Dienstleistungen sind als förderfähige Leistungen auszuführen.
Vergabeart:	Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb (EU) / VgV
Einreichung der Angebote:	Die Einreichung der Angebote/Teilnahmeanträge darf nur elektronisch erfolgen
Ausschreibung in Losen:	Nein
Nebenangebote:	Nebenangebote sind nicht zugelassen

»Termine

Frist Bieterfragen:	15.06.2026 11:00
Angebotsfrist:	
Zuschlags-/Bindfrist:	
Ausführungsfrist:	von - bis -
Ausführungsfrist (ggf. Anmerkungen):	Beginn unmittelbar nach Auftragserteilung. Vertragsende am 31.08.2029.

II. Öffnung des Angebotsassistenten - BITTE BEACHTEN!

Bitte beachten Sie, dass Sie beim Download der Vergabeunterlagen im Angebotsassistenten auf "Angebot bearbeiten" klicken. Nur dann ist sichergestellt, dass Sie alle Informationen zum Vergabeverfahren, wie z.B. Antworten auf Bieterfragen über das Nachrichtenmodul erhalten.

III. Elektronische Angebotsabgabe

Falls Sie bereit sind, die Leistungen zu übernehmen, können Sie Ihr Angebot elektronisch abgeben. Bitte melden Sie sich dazu auf der Bekanntmachungsplattform unter <https://www.deutsche-evergabe.de> mit Ihrem Benutzernamen und Ihrem Passwort an. Sofern Sie im System noch nicht registriert sind, können Sie dies auf der Plattform vornehmen.

Danach geben Sie auf der Startseite den Titel der Ausschreibung über die Direktsuche als Suchbegriff ein und starten die Abfrage. Klicken Sie auf den Projektsafe des gewählten Verfahrens, um nach erfolgter Aktivierung über den Angebotsassistenten direkt zum eVergabe-System zu gelangen. Hier können Sie Ihr Angebot vollelektronisch erstellen und einreichen. Eine elektronische Signatur oder ein Mantelbogen ist für die Angebotsabgabe nicht erforderlich. Die Textform gemäß § 126 b BGB ist zur Unterzeichnung des Angebotes ausreichend. Eine Angebotsabgabe per E-Mail ist nicht zulässig.

IV. Sonstiges

Bei Fragen zur Bedienung der Software können Sie sich gerne an den Support der Deutschen eVergabe wenden. E-Mail: service@deutsche-evergabe.de oder telefonisch unter +49 (0)611-949106-83. Der Support ist kostenlos.

Vielen Dank für Ihr Interesse!

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag
Zentrale Vergabestelle

Informationen zur Einreichung der Bewerbung

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir danken Ihnen für Ihr Interesse an unserem Projekt. Nachfolgend haben wir einige Hinweise zur Zusammenstellung Ihrer Bewerbungsunterlagen formuliert. Wir bitten Sie, diese bei der Erstellung Ihrer Bewerbung zu berücksichtigen. Vielen Dank.

1. Formale Vorgaben zum Teilnahmewettbewerb

Die Abgabe des Teilnahmeantrags muss elektronisch über das Portal der Deutschen eVergabe (https://www.deutsche-evergabe.de/Dashboards/Dashboard_OFF) erfolgen. Über das vorgenannte Vergabeportal kann der Teilnahmeantrag elektronisch in Textform nach § 126b des Bürgerlichen Gesetzbuches übermittelt werden (§ 53 I VgV). Eine digitale Signatur ist für die Abgabe des Teilnahmeantrags nicht erforderlich. Bitte beachten Sie bei der Abgabe des Teilnahmeantrags die Anweisungen und Hinweise im Angebotsassistenten. Anlagen zu Ihrem Teilnahmeantrag (z.B. die geforderten Eignungsunterlagen) können Sie als „Eigene Anlage“ zu Ihrem elektronischen Teilnahmeantrag im Angebotsassistenten hochladen.

Bei Fragen zur elektronischen Angebotsabgabe wenden Sie sich gerne an die Zentrale Vergabestelle (04791/930-1290).

Mögliche Bewerberanfragen zum Teilnahmewettbewerb und zum Vergabeverfahren sind ausschließlich in deutscher Sprache über den Nachrichtenversand im Angebotsassistenten der Deutschen eVergabe (https://www.deutsche-evergabe.de/Dashboards/Dashboard_off) an die Zentrale Vergabestelle zu stellen.

Die Antworten auf Bewerberfragen werden allen registrierten Unternehmen über das Fragen- und Antwortenforum der Deutschen eVergabe (https://www.deutsche-evergabe.de/Dashboards/Dashboard_off) bereitgestellt.

Änderungen oder Ergänzungen an den Vergabeunterlagen werden ebenfalls über das Portal der Deutschen eVergabe mitgeteilt.

Alle Informationen (Fragen, Antworten, Änderungen oder Ergänzungen) die über das Portal der Deutschen eVergabe bereitgestellt werden, sind für das Vergabeverfahren und die zu erbringenden Leistungen bindend.

Sofern die Vergabeunterlagen ohne vorherige Registrierung (Anmeldung) heruntergeladen wurden, erhält das Unternehmen keine E-Mailbenachrichtigung über Änderungen und Antworten auf Bieterfragen. Das Unternehmen ist dann in der Pflicht, sich selbstständig über Änderungen und Antworten auf Bieterfragen auf dem Vergabeportal zu informieren (Holschuld). Vor diesem Hintergrund wird eine vorherige Registrierung (Anmeldung) auf dem Vergabeportal ausdrücklich empfohlen.

Es obliegt den Unternehmen, evtl. auftretende Störungen des Vergabeportals (https://www.deutscheevergabe.de/Dashboards/Dashboard_off) unverzüglich der ausschreibenden Stelle für Rückfragen zu melden.

Die Angabe der zur Vertretung des Teilnehmers berechtigten natürlichen Person (Geschäftsführer oder sonstiger Bevollmächtigter) ist zwingend erforderlich. Es ist nicht notwendig, die auszufüllenden Dokumente zu unterschreiben und mit einem Stempel zu versehen. Stattdessen geben Sie bitte Vorname und Nachname des bevollmächtigten Vertreters in Druckbuchstaben an.

2. Mit dem Teilnahmeantrag einzureichende Unterlagen

Die über die Vergabepattform bereitgestellten Unterlagen D01 – D08 sind auszufüllen und im Originalformat (Word) einzureichen. Bitte reichen Sie alle Unterlagen wieder ein und kennzeichnen Sie diese bei Bedarf bitte mit „nicht zutreffend“ o. ä (z. B. Erklärung Bürgergemeinschaft). Die vom Bewerber zu erstellenden Unterlagen D09 – D17 sind vorzugsweise im PDF-Format einzureichen. Bitte beachten Sie auch die Hinweise zur Zusammenstellung der Unterlagen in den nachfolgenden Kapiteln. Falls Sie den Unterlagen ein Anschreiben hinzufügen möchten, kennzeichnen Sie dieses bitte im Dateinamen mit D00 am Anfang.

Ausgefüllte Dokumente (Es sind die dem Bewerber zur Verfügung gestellten Vordrucke zu verwenden.):

Dateiname	Inhalt
D01_REM- Wasserstoffwirtschaft_VgV_EU_Teilnahmeantrag	Teilnahmeantrag (Vordruck)
D02_REM- Wasserstoffwirtschaft_VgV_Eigenerklärung- Eignung	Eigenerklärung zur Eignung (Vordruck)
D03_REM- Wasserstoffwirtschaft_VgV_Bürgergemeinschaft	Erklärung Bürgergemeinschaft (Vordruck)
D04_REM- Wasserstoffwirtschaft_VgV_Projektverantwortliche	Liste der Projektverantwortlichen des AN (Vordruck)
D05_REM- Wasserstoffwirtschaft_VgV_Unterauftragnehmer	EU-Verzeichnis der Unterauftragnehmer (Vordruck)
D06_REM- Wasserstoffwirtschaft_VgV_Eignungsleihe	Verzeichnis anderer Unternehmen (Eignungsleihe) (Vordruck)
D07_REM- Wasserstoffwirtschaft_VgV_Verpflichtung- Eignungsleihe	Verpflichtungserklärung Eignungsleihe (Vordruck)
D08_REM- Wasserstoffwirtschaft_VgV_WirtschVerknüpfungen	Eigenerklärung über wirtschaftliche Verknüpfungen (Vordruck)

Unternehmensdokumente (Vom Bewerber zu erstellende Unterlagen):

Hinweis: Die Unternehmensdokumente reichen Sie bitte vorzugsweise als Einzeldateien gemäß der nachstehenden Tabelle ein. Bei der Verwendung eigener Dateinamen sind diese entsprechend der nachstehenden Reihenfolge zu nummerieren (D09, D10, ...). Die Nummerierung ist dem Dateinamen voranzustellen. Sollte ein Punkt (z. B. der geforderte Nachweis „Büroreferenzen“) mehrere Dokumente umfassen, fassen Sie diese bitte zu einer Datei zusammen (siehe hierzu auch die Hinweise zu Bürgergemeinschaften und Nachunternehmern / Eignungsleihe).

Bei der Verwendung einer Gesamtdatei für alle Unternehmensdokumente ist die nachstehende Reihenfolge der Unterlagen einzuhalten und ein digitales Inhaltsverzeichnis mit Lesezeichen entsprechend der folgenden Tabelle zu erstellen.

(Bevorzugter) Dateiname	Inhalt
D09_Handelsregistrauszug	Handelsregistrauszug bzw. eine gleichwertige Bescheinigung des Herkunftslandes, nicht älter als 3 Monate (oder für Firmen, die nicht verpflichtet sind zur Eintragung in das Handelsregister: Eigenerklärung, mit Begründung, warum kein Handelsregistrauszug notwendig ist).
D10_Versicherung	Bescheinigung über den Abschluss einer Berufshaftpflichtversicherung und ggf. Zusicherung des Versicherers, dass im Auftragsfall eine Berufshaftpflichtversicherung in der erforderliche Versicherungshöhe abgeschlossen werden kann (siehe auch Eigenerklärung zur Eignung).
D11_Büroreferenzen	Nachweise gemäß § 46 (3) Nr. 1 VgV: Angaben des Bewerbers (= Unternehmen) über vergleichbare Referenzprojekte (Nachweis der besonderen Kompetenz/Erfahrungen des Bewerbers (= Unternehmen) in der Erbringung vergleichbarer Leistungen unter Angabe entsprechender Referenzprojekte gemäß Aufforderung zum Teilnahmewettbewerb 7.2
D12-1_Projektleiter D12-2_stellv.-Projektleiter D12-3_weitere-Bearbeiter	Nachweise gemäß § 46 (3) Nr. 2 VgV: Leistungsfähigkeit der technischen Fachkräfte, die im Zusammenhang mit der Leistungserbringung eingesetzt werden sollen inkl. berufliche Befähigung - insbesondere deren persönliche vergleichbare Referenzen im Bereich der ausgeschriebenen Leistungen gemäß Aufforderung zum Teilnahmewettbewerb 7.2.
D13_Führungskräfte	Nachweise gemäß § 46 (3) Nr. 6 VgV: Leistungsfähigkeit der Führungskräfte des Unternehmens, die die technische Leitung innehaben inkl. berufliche Befähigung.
(Bevorzugter) Dateiname	Inhalt
D14_Technische-Ausstattung	Nachweis gemäß § 46 (3) Nr. 9 VgV: Angaben zur technischen Ausstattung, über die das Unternehmen für die Ausführung des Auftrags verfügt.
D15_Qualitätssicherung	Nachweis gemäß § 46 (3) Nr. 3 VgV: Angaben zur Gewährleistung der Qualität
Die nachstehenden Dateien sind nur beizufügen, wenn die entsprechenden Auskünfte nicht in der Eigenerklärung zur Eignung angegeben wurden oder durch weitere Informationen ergänzt werden sollen.	

D16_Umsatz	Nachweis gemäß § 45 (4) Nr. 4 VgV: Erklärung über den Gesamtumsatz und den Umsatz für vergleichbare Leistungen in den letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahren (2023 – 2025)
D17_Anzahl-Beschäftigte	Nachweis gemäß § 46 (3) Nr. 8 VgV: Angabe der Anzahl der Beschäftigten in den letzten 3 Jahren (siehe auch Eigenerklärung zur Eignung)

3. Hinweise für Bewerbergemeinschaften

Bei der Bildung von Bewerbergemeinschaften ist nur **eine** gemeinsame Bewerbung / Teilnahmeantrag über die Vergabeplattform vom bevollmächtigten Vertreter der Bewerbergemeinschaft einzureichen.

Die Personen, deren Referenzen gemäß Aufforderung zum Teilnahmewettbewerb, Kapitel 7.2 gewertet werden, müssen von der Bewerbergemeinschaft eindeutig benannt werden, d. h. es ist jeweils **eine** Person für die geforderten Leistungen zu bestimmen.

Hinweise zu den ausgefüllten Dokumenten (Vordrucke):

Für die Bewerbergemeinschaft ist **ein** Teilnahmeantrag (Dokument D01) und **eine** gemeinsame Liste der Projektverantwortlichen (Dokument D04) einzureichen.

Die Vordrucke D02 (Eigenerklärung zur Eignung) und D08 (Wirtschaftliche Verknüpfungen) sind von jedem Mitglied der Bewerbergemeinschaft getrennt auszufüllen. Bitte fügen Sie die einzelnen Eigenerklärungen und die Vordrucke „Wirtschaftliche Verknüpfungen“ vorzugsweise jeweils zu einer Datei zusammen, d. h. alle Eigenerklärungen der Mitglieder der Bewerbergemeinschaft befinden sich in der Datei „D02_REM-Wasserstoffwirtschaft_VgV_Eigenerklaerung-Eignung“.

Sollten Sie eine Abgabe von Einzeldateien bevorzugen (z. B. jede Eigenerklärung eine Datei), erweitern Sie bitte die Nummerierung in den Dateinamen zur Unterscheidung wie in dem nachstehenden Beispiel:

D02-1_REM-Wasserstoffwirtschaft_VgV_Eigenerklaerung-Eignung

D02-2_REM-Wasserstoffwirtschaft_VgV_Eigenerklaerung-Eignung

D02-3_REM-Wasserstoffwirtschaft_VgV_Eigenerklaerung-Eignung

Bitte verwenden Sie bei der Nummerierung der einzelnen Dokumente / Dateien für die einzelnen Mitglieder der Bewerbergemeinschaft die gleiche Reihenfolge, in der die Mitglieder in dem Dokument D03 (Erklärung der Bewerbergemeinschaft) aufgelistet sind.

Hinweise zu den Unternehmensdokumenten:

Die Unterlagen der einzelnen Mitglieder der Bewerbergemeinschaft können entweder gemäß der vorstehenden Tabelle zu jedem Punkt zu einer gemeinsamen Datei zusammengefasst werden oder – wie zuvor beschrieben - in Einzeldateien mit entsprechend erweiterter Nummerierung gemäß der Reihenfolge im Vordruck D03 (Erklärung der Bewerbergemeinschaft) abgebildet werden.

Beispiel für eine Bewerbergemeinschaft bestehend aus 3 Mitgliedern:

entweder:

D09_Handelsregistrauszug (alle 3 Handelsregistrauszüge sind in einer Datei zusammengefasst)

oder:

D09-1_Handelsregistrauszug

D09-2_Handelsregistrauszug

D09-3_Handelsregistrauszug

Bei der Einreichung einer einzigen Datei mit allen Unternehmensdokumenten, sind die Unterlagen des Teilnahmeantrages so zusammenzustellen, dass unter jedem der aufgeführten Punkte (gemäß Tabelle Unternehmensunterlagen) die Unterlagen von jedem Mitglied der Bewerbergemeinschaft hinterlegt sind.

4. Hinweise zu Nachunternehmern / Eignungsleihe

Der Bewerber hat auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle zu einem von ihr bestimmten Zeitpunkt nachzuweisen, dass die vorgesehenen Unterauftragnehmer geeignet sind. Für die vorgesehenen Bearbeiter sind mindestens die Berufsfähigkeitsnachweise (Studiennachweise, Ausbildungsnachweise oder vergleichbares) beizufügen. Wenn Bearbeiter gemäß Aufforderung zum Teilnahmewettbewerb, Kapitel 7.2 vom Nachunternehmer gestellt werden, sind zusätzlich zwingend deren persönliche Referenzen mit den geforderten Informationen anzugeben. Weitere Unterlagen zu Unterauftragnehmern sind zu dem jetzigen Zeitpunkt nicht vorzulegen.

Die Unterlagen zu den Bearbeitern sind entsprechend in die Unterdateien zu D12 einzuarbeiten.

5. Bereitgestellte Unterlagen

Folgende Unterlagen stehen im Rahmen der Bekanntmachung zum Herunterladen bereit:

Unterlage	Dateiname
Informationsschreiben	00_REM-Wasserstoffwirtschaft_VgV_Information
Aufforderung zum Teilnahmewettbewerb	01_REM-Wasserstoffwirtschaft_VgV_Teilnahmewettbewerb
EU Teilnahmebedingungen Teilnahmewettbewerb	02_REM-Wasserstoffwirtschaft_VgV_EU_Teilnahmebedingungen
Information Datenschutz	03_REM-Wasserstoffwirtschaft_VgV_EU_Information Datenschutz
Aufgabenbeschreibung*	04-0_REM-Wasserstoffwirtschaft_VgV_Aufgabenbeschreibung- Entwurf
Vertrag*	05-0_REM-Wasserstoffwirtschaft_VgV_Vertrag
Anlage zum Vertrag: Allgemeine Vertragsbedingungen*	05-1_REM-Wasserstoffwirtschaft_VgV_Vertrag_Anlage- AVB
Anlage zum Vertrag: Zusätzliche Vertragsbedingungen*	05-2_REM-Wasserstoffwirtschaft_VgV_Vertrag_Anlage- ZVB
Teilnahmeantrag	D01_REM-Wasserstoffwirtschaft_VgV_EU_Teilnahmeantrag
Eigenerklärung zur Eignung	D02_REM-Wasserstoffwirtschaft_VgV_Eigenerklärung- Eignung
Erklärung Bürgergemeinschaft	D03_REM-Wasserstoffwirtschaft_VgV_Bürgergemeinschaft
Liste der Projektverantwortlichen des AN	D04_REM-Wasserstoffwirtschaft_VgV_Projektverantwortliche
EU-Verzeichnis der Unterauftragnehmer	D05_REM-Wasserstoffwirtschaft_VgV_Unterauftragnehmer
Verzeichnis anderer Unternehmen (Eignungsleihe)	D06_REM-Wasserstoffwirtschaft_VgV_Eignungsleihe
Verpflichtungserklärung Eignungsleihe	D07_REM-Wasserstoffwirtschaft_VgV_Verpflichtung- Eignungsleihe
Wirtschaftliche Verknüpfungen	D08_REM-Wasserstoffwirtschaft_VgV_WirtschVerknüpfungen

*Diese Unterlagen (Ausschreibungsunterlagen) werden -informativ- zur Verfügung gestellt.

Aufforderung Teilnahmewettbewerb

Vergabestelle

Landkreis Osterholz

Osterholzer Straße 23

27711 Osterholz-Scharmbeck

Ort: Osterholz-Scharmbeck

Datum: 18.05.2026

Telefon:

Fax:

E-Mail:

Az.-Nr.:

Ablauf der Einreichungsfrist:

Datum: 22.06.2026 Uhrzeit: 11:00

Ort: Vergabeplattform

Raum: -/-

Aufforderung zum Teilnahmewettbewerb

Bezeichnung der Leistung:

Projekt:	Regionalmanagement Nordostniedersachsen -Wasserstoffwirtschaft-
Leistung:	Regionalmanagement

Anlagen zur „Aufforderung zum Teilnahmewettbewerb“

A) die beim Bewerber verbleiben und im Teilnahmewettbewerb zu beachten sind:

- ☒ Teilnahmebedingungen Teilnahmewettbewerb
- ☒ Informationsunterlage zum Leistungsgegenstand
- ☒ Information zum Datenschutz
- ☐ _____

B) die, soweit erforderlich, ausgefüllt mit dem Teilnahmeantrag einzureichen sind:

- ☒ Teilnahmeantrag
- ☒ Eigenerklärung zur Eignung
- ☒ Erklärung Bewerbergemeinschaft
- ☒ Liste der Projektverantwortlichen des AN
- ☒ EU-Verzeichnis der Unterauftragnehmer
- ☒ Verzeichnis anderer Unternehmen (Eignungsleihe)
- ☒ Verpflichtungserklärung Eignungsleihe
- ☒ Eigenerklärung wirtschaftliche Verknüpfungen
- ☒ weitere Unterlagen gemäß Punkt 3.1 _____

Aufforderung Teilnahmewettbewerb

1. Es ist beabsichtigt, die oben genannte Leistung im Namen und für Rechnung

Innovationsagentur Nordostniedersachsen INNO.NON GmbH

zu vergeben.

2. Kommunikation:

Die Kommunikation erfolgt:

☒ elektronisch über die Vergabeplattform

☐ in Textform unter nachstehender Anschrift:

Name: _____

Telefon: _____

Fax: _____

Straße: _____

E-Mail: _____

PLZ / Ort: _____

Nicht beigefügte Unterlagen sind:

- / - _____

3. Vorlage von Nachweisen, Angaben und Unterlagen:

3.1 Folgende Nachweise, Angaben und Unterlagen sind mit dem Teilnahmeantrag einzureichen:

☒ siehe Auftragsbekanntmachung bzw. Informationsunterlage

3.2 Vorlage von mit dem Teilnahmeantrag auf gesonderter Anlage vorzulegenden Unterlagen zu den in Nr. 7 genannten bzw. angekreuzten Eignungskriterien:

siehe Auftragsbekanntmachung bzw. Informationsunterlage

4. Teilnahmeanträge können gestellt werden:

☐ schriftlich,

☒ elektronisch in Textform,

☐ elektronisch mit fortgeschrittener Signatur,

☐ elektronisch mit qualifizierter Signatur.

5. Abgabe des Teilnahmeantrags:

Bei elektronischen Teilnahmeanträgen in Textform ist die Person des Erklärenden zu benennen und der Teilnahmeantrag mit den Anlagen **über die Vergabeplattform** bei der Vergabestelle einzureichen.

6. Vorgesehene Anzahl von Bewerbern, die zur Angebotsabgabe aufgefordert werden sollen:

☒ Mindestens 3

☒ Höchstens 5

7. Maßgebende Mindeststandards, Kriterien u. Wichtungen für die Wertung der Teilnahmeanträge:

Erklärungen gemäß § 123 (1) Nr. 1 bis 10 und § 123 (4) Nr. 1 sowie § 124 (1) Nr. 2 GWB sind im Vordruck „Eigenerklärung zur Eignung“ soweit keine EEE abgegeben wird, mit dem Teilnahmeantrag abzugeben.

7.1 Maßgebende Mindeststandards, die vom Bewerber zu erfüllen sind:

☒ § 45 (4) Nr. 2 VgV:

Nachweis einer Berufshaftpflichtversicherung.

Es ist ein Nachweis darüber zu erbringen, dass eine Haftpflichtversicherung mit einer Deckungssumme von mind. 3,0 Mio. € für Personenschäden sowie mind. 1,0 € Mio. € für Sach- und Vermögensschäden besteht. Die Versicherungssumme hat ausdrücklich die Haftung für etwaig eingesetzte Subunternehmer einzuschließen und eine Nachhaftung von mind. drei Jahren darzustellen. Darüber hinaus ist nachzuweisen, dass die Ersatzleistungen pro Versicherungsjahr mind. das 2-fache der vereinbarten Versicherungssumme beträgt. Bei Bewerbergemeinschaften ist der entsprechende Versicherungsnachweis für jedes Mitglied gesondert vorzulegen.

7.2 Maßgebende Kriterien und Wichtungen für die Wertung der Teilnahmeanträge (Interessensbestätigung).

Kriterien

Wichtung (v.H.)

- ☒ § 46 (3) Nr. 1 VgV - **Büroreferenzen:**
Ausführung von Leistungen in den letzten Jahren, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind. **35**

Bei der Wertung sind folgende Sachverhalte wesentlich:

Gewertet werden Referenzen für öffentliche Auftraggeber der letzten Jahre (seit 2021, d. h. die Leistungen müssen zwischen 2021 und Einreichung des Teilnahmeantrages abgeschlossen sein).

1 Punkt: Erfahrung mit Regionalmanagement, Technologietransferleistungen oder vergleichbar inkl. Umgang mit kommunalen Partnern und Unternehmen.

2 Punkte: Erfahrung mit Technologietransferleistungen oder vergleichbar inkl. Umgang mit kommunalen Partnern und Unternehmen.

3 Punkte: mehrfache Erfahrung (mind. 2-fach) mit Technologietransferleistungen oder vergleichbar inkl. Umgang mit kommunalen Partnern und Unternehmen, davon 1-fach im Technologiefeld Wasserstoffwirtschaft.

- ☒ § 46 (3) Nr. 2 VgV – **Persönliche Referenzen:** **Gesamt: 55**
Leistungsfähigkeit der technischen Fachkräfte, die im Zusammenhang mit der Leistungserbringung eingesetzt werden sollen, inkl. berufliche Befähigung.

Bei der Wertung sind folgende Sachverhalte wesentlich:

Gewertet werden Referenzen für öffentliche Auftraggeber der letzten Jahre (seit 2021, d. h. die Leistungen müssen zwischen 2021 und Einreichung des Teilnahmeantrages abgeschlossen sein).

- Referenzen des Projektleiters

30

1 Punkt: Erfahrung mit Regionalmanagement, Technologietransferleistungen oder vergleichbar inkl. Umgang mit kommunalen Partnern und Unternehmen.

2 Punkte: Erfahrung als Projektleiter mit Technologietransferleistungen oder vergleichbar inkl. Umgang mit kommunalen Partnern und Unternehmen.

3 Punkte: mehrfache Erfahrung (mind. 2-fach) als Projektleiter mit Technologietransferleistungen oder vergleichbar inkl. Umgang mit kommunalen Partnern und Unternehmen, davon 1-fach im Technologiefeld Wasserstoffwirtschaft.

- Referenzen des stellvertretenden Projektleiters

25

1 Punkt: Erfahrung mit Regionalmanagement, Technologietransferleistungen oder vergleichbar inkl. Umgang mit kommunalen Partnern und Unternehmen.

2 Punkte: Erfahrung mit Technologietransferleistungen oder vergleichbar inkl. Umgang mit kommunalen Partnern und Unternehmen.

3 Punkte: mehrfache Erfahrung (mind. 2-fach) mit Technologietransferleistungen oder vergleichbar inkl. Umgang mit kommunalen Partnern und Unternehmen, davon 1-fach im Technologiefeld Wasserstoffwirtschaft.

Aufforderung Teilnahmewettbewerb

- ☒ § 45 (4) Nr. 4 VgV: **10**
Gesamtumsatz des Unternehmens, in dem Tätigkeitsbereich des Auftrags
([Regionalentwicklung/Regionalmanagement](#)) jeweils bezogen auf die letzten drei
abgeschlossenen Geschäftsjahre ([Mittelwert](#)).

Bei der Wertung sind folgende Sachverhalte wesentlich:

1 Punkt: $\geq 0,1 - 0,5$ Mio. €

2 Punkte: $> 0,5 - 1,0$ Mio. €

3 Punkte: $> 1,0$ Mio. €

Summe 100 v.H.

Die Angaben eines jeden Bewerbers zu den benannten Kriterien werden mit einer Punktezahl zwischen 0 und 3 bewertet. Dabei werden die Punkte nach folgender Systematik vergeben:

3 Punkte: Kriterium bestmöglich erfüllt,

2 Punkte: Kriterium überdurchschnittlich erfüllt,

1 Punkt: Kriterium durchschnittlich erfüllt,

0 Punkte: Grundlegende Anforderungen an vergleichbare Referenzen gemäß Bekanntmachung nicht nachgewiesen (generelle Eignung bleibt hiervon unberührt).

8. Verhandlung

- ☒ Der Auftraggeber behält sich vor, den Auftrag auf der Grundlage der Erstangebote zu vergeben, ohne in Verhandlung einzutreten. Sollten sich die Notwendigkeit zur Verhandlung ergeben, werden Sie mit gesonderten Schreiben dazu eingeladen.

9. Stelle, an die sich der Bewerber zur Nachprüfung behaupteter Verstöße gegen die Vergabebestimmungen wenden kann:

Vergabekammer (§ 156 GWB):

Name: Vergabekammer Niedersachsen beim Nds. Ministerium für Wirtschaft,
Verkehr und Bauen

Straße: Auf der Hude 2

PLZ/Ort: 21339 Lüneburg

10. Sonstige Informationen:

WICHTIGER HINWEIS: Der Teilnahmeantrag inkl. aller Bewerbungsunterlagen ist ausschließlich über die entsprechende Funktion der Vergabeplattform einzureichen. Hierzu ist ausreichend Zeit einzuplanen. Bitte senden Sie Ihre Bewerbung keinesfalls in Papierform, per E-Mail oder über die Kommunikationsfunktion der Vergabeplattform. Berücksichtigen Sie ggf. die Größenbegrenzungen der Vergabeplattform bezüglich der einzelnen Dateien sowie der gesamten Bewerbung. Sollten Probleme beim Hochladen der Bewerbungsunterlagen auftreten, wenden Sie sich bitte umgehend an den Betreiber der Vergabeplattform, protokollieren Sie dies und informieren Sie zusätzlich die Vergabestelle.

Die Angabe der zur Vertretung des Teilnehmers berechtigten natürlichen Person (Geschäftsführer oder sonstiger Bevollmächtigter) ist zwingend erforderlich. Es ist nicht notwendig, die auszufüllenden Dokumente zu unterschreiben und mit einem Stempel zu versehen. Stattdessen geben Sie bitte Vorname und Nachname des bevollmächtigten Vertreters in Druckbuchstaben an.

Weitere Informationen zu den formalen Vorgaben entnehmen Sie bitte der beigelegten Datei 00.

Bewerbungsbedingungen für die Vergabe von Leistungen

Das Vergabeverfahren erfolgt nach der Vergabeverordnung (VgV).

1 Mitteilung von Unklarheiten in den Vergabeunterlagen

Enthalten die Vergabeunterlagen nach Auffassung des Unternehmens Unklarheiten, Unvollständigkeiten oder Fehler, so hat es unverzüglich die Vergabestelle vor Angebotsabgabe in Textform darauf hinzuweisen.

2 Unzulässige Wettbewerbsbeschränkungen

Angebote von Bietern, die sich im Zusammenhang mit diesem Vergabeverfahren an einer unzulässigen Wettbewerbsbeschränkung beteiligen, werden ausgeschlossen.

Zur Bekämpfung von Wettbewerbsbeschränkungen hat der Bieter auf Verlangen Auskünfte darüber zu geben, ob und auf welche Art er wirtschaftlich und rechtlich mit Unternehmen verbunden ist.

3 Angebot

3.1 Das Angebot ist in deutscher Sprache abzufassen.

3.2 Für das Angebot sind die von der Vergabestelle vorgegebenen Vordrucke zu verwenden. Das Angebot ist bis zu dem von der Vergabestelle angegebenen Ablauf der Angebotsfrist einzureichen. Ein nicht form- oder fristgerecht eingereichtes Angebot wird ausgeschlossen.

3.3 Eine selbst gefertigte Abschrift oder Kurzfassung des Leistungsverzeichnisses ist zulässig.

Die von der Vergabestelle vorgegebene Langfassung des Leistungsverzeichnisses ist allein verbindlich.

3.4 Unterlagen, die von der Vergabestelle nach Angebotsabgabe verlangt werden, sind zu dem von der Vergabestelle bestimmten Zeitpunkt einzureichen.

3.5 Alle Eintragungen müssen dokumentenecht sein.

3.6 Ein Bieter, der in seinem Angebot die von ihm tatsächlich für einzelne Leistungspositionen geforderten Einheitspreise auf verschiedene Einheitspreise anderer Leistungspositionen verteilt, benennt nicht die von ihm geforderten Preise. Deshalb werden Angebote, bei denen der Bieter die Einheitspreise einzelner Leistungspositionen in „Mischkalkulationen“ auf andere Leistungspositionen umlegt, von der Wertung ausgeschlossen.

3.7 Alle Preise sind in Euro mit höchstens drei Nachkommastellen anzugeben.

Die Preise (Einheitspreise, Pauschalpreise, Verrechnungssätze usw.) sind ohne Umsatzsteuer anzugeben. Der Umsatzsteuerbetrag ist unter Zugrundelegung des geltenden Steuersatzes am Schluss des Angebotes hinzuzufügen.

Es werden nur Preisnachlässe gewertet, die

- ohne Bedingungen als Vomhundertsatz auf die Abrechnungssumme gewährt werden und

- an der im Angebotsschreiben bezeichneten Stelle aufgeführt sind.

Nicht zu wertende Preisnachlässe bleiben Inhalt des Angebotes und werden im Fall der Auftragserteilung Vertragsinhalt.

4 Nebenangebote

4.1 Nebenangebote müssen die geforderten Mindestanforderungen erfüllen; dies ist mit Angebotsabgabe nachzuweisen.

4.2 Der Bieter hat die in Nebenangeboten enthaltenen Leistungen eindeutig und erschöpfend zu beschreiben; die Gliederung des Leistungsverzeichnisses ist, soweit möglich, beizubehalten.

Nebenangebote müssen alle Leistungen umfassen, die zu einer einwandfreien Ausführung der Leistung erforderlich sind.

Soweit der Bieter eine Leistung anbietet, deren Ausführung nicht in den Vergabeunterlagen geregelt ist, hat er im Angebot entsprechende Angaben über Ausführung und Beschaffenheit dieser Leistung zu machen.

- 4.3 Nebenangebote sind, soweit sie Teilleistungen (Positionen) des Leistungsverzeichnisses beeinflussen (ändern, ersetzen, entfallen lassen, zusätzlich erfordern), nach Mengenansätzen und Einzelpreisen aufzugliedern (auch bei Vergütung durch Pauschalsumme).
- 4.4 Nebenangebote, die den Nummern 4.1 bis 4.3 nicht entsprechen, werden von der Wertung ausgeschlossen.

5 Bietergemeinschaften

- 5.1 Die Bietergemeinschaft hat mit ihrem Angebot eine Erklärung aller Mitglieder in Textform abzugeben,
- in der die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft im Auftragsfall erklärt ist,
 - in der alle Mitglieder aufgeführt sind und der für die Durchführung des Vertrags bevollmächtigte Vertreter bezeichnet ist,
 - dass der bevollmächtigte Vertreter die Mitglieder gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich vertritt,
 - dass alle Mitglieder als Gesamtschuldner haften.
- Auf Verlangen der Vergabestelle ist eine von allen Mitgliedern unterzeichnete bzw. fortgeschritten oder qualifiziert signierte Erklärung abzugeben.
- 5.2 Sofern nicht im offenen Verfahren ausgeschrieben wird, werden Angebote von Bietergemeinschaften, die sich erst nach der Aufforderung zur Angebotsabgabe aus aufgeforderten Unternehmen gebildet haben, nicht zugelassen.

6 Kapazitäten anderer Unternehmen (Unteraufträge, Eignungsleihe)

Beabsichtigt der Bieter, Teile der Leistung von anderen Unternehmen ausführen zu lassen oder sich bei der Erfüllung eines Auftrages im Hinblick auf die erforderliche wirtschaftliche, finanzielle, technische oder berufliche Leistungsfähigkeit anderer Unternehmen zu bedienen, so muss er die hierfür vorgesehenen Leistungen/Kapazitäten in seinem Angebot benennen. Der Bieter hat auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle zu einem von ihr bestimmten Zeitpunkt nachzuweisen, dass ihm die erforderlichen Kapazitäten der anderen Unternehmen zur Verfügung stehen und diese Unternehmen geeignet sind. Er hat den Namen, den gesetzlichen Vertreter sowie die Kontaktdaten dieser Unternehmen anzugeben und entsprechende Verpflichtungserklärungen dieser Unternehmen vorzulegen.

Nimmt der Bieter in Hinblick auf die Kriterien für die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit im Rahmen einer Eignungsleihe die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch, müssen diese gemeinsam für die Auftragsausführung haften; die Haftungserklärung ist gleichzeitig mit der Verpflichtungserklärung abzugeben.

Der Bieter hat andere Unternehmen, bei denen Ausschlussgründe vorliegen oder die das entsprechende Eignungskriterium nicht erfüllen, innerhalb einer von der Vergabestelle gesetzten Frist zu ersetzen.

7 Eignung

Unternehmen haben als Nachweis der Eignung für die zu vergebende Leistung mit dem Angebot

- **Entweder** die in der Auftragsbekanntmachung oder der Aufforderung zur Interessensbestätigung angegebenen Unterlagen (Eigenerklärungen, Angaben, Bescheinigungen und sonstige Nachweise)
- **Oder** eine Einheitliche Europäische Eigenerklärung (EEE) als vorläufigen Nachweis vorzulegen.

Bei Einsatz von anderen Unternehmen gemäß Nummer 6 sind auf gesondertes Verlangen die Unterlagen/die EEE auch für diese abzugeben.

Gelangt das Angebot in die engere Wahl, sind Eigenerklärungen (auch die der benannten anderen Unternehmen) auf gesondertes Verlangen durch Vorlage der genannten Bescheinigungen zuständiger Stellen zu bestätigen. Bescheinigungen, die nicht in deutscher Sprache abgefasst sind, ist eine Übersetzung in die deutsche Sprache beizufügen.

Die Verpflichtung zur Vorlage von Eigenerklärungen und Bescheinigungen entfällt, soweit die Eignung (Bieter und benannte andere Unternehmen) bereits im Teilnahmewettbewerb nachgewiesen ist.

Datenschutzinformation gegenüber Unternehmen und Bietern im Vergabeverfahren (§§ 13, 14 Datenschutzgrundverordnung – DSGVO)

1. Bezeichnung und Rechtsgrundlage der Verarbeitungstätigkeit

Wenn Sie an einer Ausschreibung teilnehmen, erheben wir folgende Daten von Ihnen bzw. Ihren Mitarbeitern:

- Kontaktdaten von Ansprechpartnern (Anrede, Vorname, Nachname, E-Mailadresse, Anschrift, Rufnummern)
- Angaben zum Unternehmen und zur Eignung des Unternehmens,
- Angaben zu Angeboten (z.B. Benennung von Projektverantwortlichen, Vertragsbeziehungen)
- Angaben für interne Verwaltungszwecke

Ihre personenbezogenen Daten werden zum Zwecke der Auftragsvergabe verarbeitet. Die Verarbeitung ist notwendig

- zur Abwicklung der Vergabe und zur Anbahnung des Vertragsverhältnisses,
- zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung (§ 122 GWB, §§ 42 ff. VgV, § 6a VOB/A, §§ 31 ff UVgO).

Wenn Sie die geforderten Daten bei Angebotsabgabe nicht mitteilen, kann dies zum Ausschluss Ihres Angebotes führen.

2. Name und Kontaktdaten des Verantwortlichen

Verantwortlich ist der Auftraggeber. Es wird auf die Internetseite des Auftraggebers verwiesen (Impressum).

3. Kontaktdaten der/s Datenschutzbeauftragten

Es wird auf die Internetseite des Auftraggebers verwiesen (Datenschutz).

4. Übermittlung an Dritte

Ihre personenbezogenen Daten werden an öffentliche Stellen weitergegeben (Gerichte, Vergabekammer) sofern der

- öffentliche Auftraggeber dazu gesetzlich verpflichtet ist,
- sofern dies zur Erfüllung der öffentlichen Aufträge oder der Aufgaben der anfragenden öffentlichen Stelle erforderlich ist oder eine gesetzliche Grundlage (z.B. nach Landesdatenschutz) besteht.

Ihre personenbezogenen Daten werden zum Teil auch gegenüber Planungsbüros, Projektsteuerern, Beratern etc. weitergegeben, die vom öffentlichen Auftraggeber mit der Angebotsauswertung beauftragt wurden.

Ihre personenbezogenen Daten werden nicht an ein Drittland oder eine internationale Organisation übermittelt.

6. Dauer der Speicherung der personenbezogenen Daten

Die Daten werden bis zur Beendigung eines Vertragsverhältnisses bzw. gemäß der gesetzlichen Aufbewahrungsfristen in den jeweiligen vergaberechtlichen Vorschriften gespeichert (mindestens drei Jahre). Der Speicherzeitraum beginnt mit Mitteilung der Daten.

7. Betroffenenrechte

Sie können gegenüber dem Verantwortlichen folgende Rechte geltend machen:

- Recht auf Auskunft über Ihre hier verarbeiteten Daten
- Recht auf Berichtigung unrichtiger Ihrer hier verarbeiteten Daten
- Recht auf Vervollständigung Ihrer hier verarbeiteten Daten
- Recht auf Löschung Ihrer hier verarbeiteten Daten
- Recht auf Einschränkung der Verarbeitung Ihrer Daten
- Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde
- Widerspruchsrecht gegen die Verarbeitung Ihrer Daten
- Recht auf Datenübertragbarkeit, d.h. zur Herausgabe der über Sie verarbeiteten Daten in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format

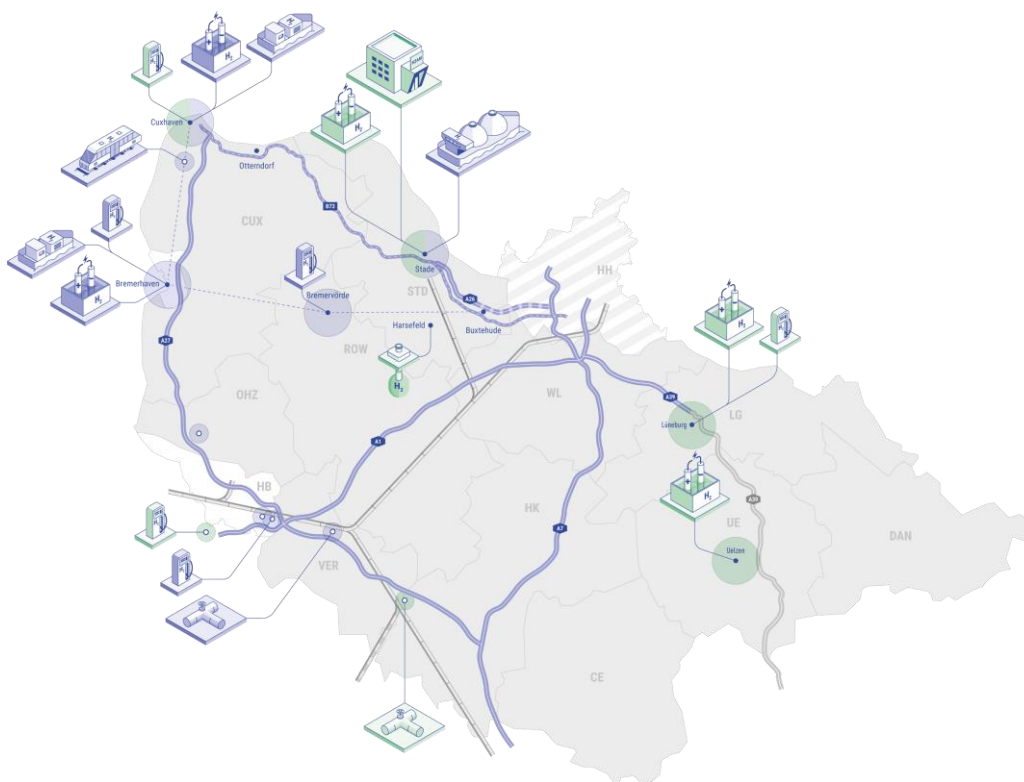
Bitte beachten Sie, dass bei der Umsetzung dieser Rechte auch andere gesetzliche Bestimmungen zu berücksichtigen sind. So kann z.B. dem Auskunftsrecht möglicherweise der Datenschutz anderer Personen entgegenstehen, sollte dieser hierdurch verletzt werden. Dem Recht auf Löschung können beispielsweise gesetzliche Aufbewahrungs- oder Nachweispflichten entgegenstehen. Dies wird im Einzelfall geprüft.

Stand 21.05.2026

Aufgaben- und Leistungsbeschreibung

Regionalmanagement Nordostniedersachsen

- Wasserstoffwirtschaft -



Wasserstoff-Ökosystem Nordostniedersachsen (Stand: 05/2026) – Agenda siehe Anlage. Quelle: eigene Darstellung

VgV - Vergabeverfahren Regionalmanagement

Auftraggeber:

Innovationsagentur Nordostniedersachsen INNO.NON GmbH

Inhaltsverzeichnis

Aufgaben- und Leistungsbeschreibung	1
1 Beschreibung des Projektes	3
1.1 Hintergrund	4
1.2 Regionale Ausgangssituation	4
1.3 Zielsetzung	6
1.4 Bisherige Aktivitäten im Bereich Wasserstoff	8
1.5 Organisation	10
1.6 Abgrenzung zu anderen Regionalmanagements in der Region	17
2 Zu vergebende Leistungen	17
3 Leistungsbeschreibung Regionalmanagement	18
3.1 Arbeitspaket 1: Regionale Entwicklungsaktivitäten befördern	18
3.2 Arbeitspaket 2: Initiierung und Begleitung von Innovationsaktivitäten	19
3.3 Arbeitspaket 3: Förderung der Netzwerk- und Konsensbildung	21
3.4 Arbeitspaket 4: Fachkräftepotenziale identifizieren und heben	22
3.5 Ergänzende Angaben	23
3.6 Vertragsbeginn und Vertragszeitraum	24
3.7 Allgemeine Hinweise	24
4 Honorarermittlung	25
5 Angebotswertung	25
6 Personelle Änderungen des Projektteams	28
7 Aufbau und Inhalt des einzureichenden Erstangebotes	28
8 Anlagen	30

1 Beschreibung des Projektes

In den Landkreisen des ehemaligen Regierungsbezirkes Lüneburg (Celle, Cuxhaven, Harburg, Heidekreis, Lüchow-Dannenberg, Lüneburg, Osterholz, Rotenburg (Wümme), Stade, Uelzen, Verden) wurde Ende 2018 mit der „Projektkoordination Wasserstoffwirtschaft“ damit begonnen, die Potenziale der Wasserstofftechnik in Nordostniedersachsen systematisch herauszuarbeiten. Dazu wurde ein Netzwerk aus Wirtschaftsunternehmen, den Kammern, Landkreisen und weiteren Akteuren aufgebaut, mit dem ein erster Projektansatz definiert wurde. Die Region Nordostniedersachsen wurde damit auf Landes- und Bundesebene bzgl. Wasserstofftechnik sichtbar gemacht und erstmalig positioniert.

Seit 2020 arbeitet ein GRW-Regionalmanagement als landkreisübergreifende Koordinierungs- und Unterstützungsstruktur, die gezielt dort ansetzt, wo einzelne Gebietskörperschaften oder Institutionen aufgrund von Komplexität, Ressourcenbedarf oder fehlender Skalierbarkeit an ihre Grenzen stoßen.

Im Zentrum steht die enge Zusammenarbeit der elf Gebietskörperschaften sowie den regionalen Kammern. Diese Kooperation bildet die zentrale Grundlage für die Wirksamkeit des Regionalmanagements. Darüber hinaus umfasst das vom Regionalmanagement verwaltete Wasserstoffnetzwerk H2.N.O.N mittlerweile über 170 Mitglieder aus Wirtschaft, Kommunen, Wissenschaft und weiteren Institutionen.

Das Regionalmanagement übernimmt somit eine zentrale Funktion als koordinierende Plattform, bündelnde Instanz regionaler Interessen sowie als Schnittstelle zwischen regionaler Ebene, Wirtschaft, Netzbetreibern und übergeordneten politischen Ebenen.

Auf Basis bisheriger Arbeitsergebnisse aus der Projektphase 2020 - 2026 soll das Regionalmanagement für die Wasserstoffregion Nordostniedersachsen vor dem Hintergrund bestehender bzw. aussichtsreicher Initiativen und Projekte in der Region weitergeführt werden und auf die Themen Energie und Mobilität sowie auf entsprechende Infrastruktur- und Fachkräftebedarfe ausgerichtet bleiben.

Konkrete Arbeitsinhalte bestehen darin, die Aktivitäten und Initiativen in diesen Themenfeldern zu befördern, Innovations-/Projektaktivitäten zu initiieren bzw. zu begleiten, die regionale Netzwerkarbeit sowie die Konsensbildung voranzutreiben, und dabei stets darauf hinzuwirken, dass regionale Beschäftigungs- und Wachstumspotenziale identifiziert, mobilisiert und genutzt werden.

Das Gesamtvolumen der Leistungen des externen Dienstleisters ist bei dreijähriger Laufzeit mit ca. 0,66 Mio. € brutto kalkuliert.

Wir weisen darauf hin, dass mit dem bisherigen Dienstleister für das Regionalmanagement ein vorbefasstes Büro zum Kreis der aufgeforderten Bewerber gehören.

Die Maßnahme wird voraussichtlich mit Bundesmitteln im Rahmen der GRW gefördert. Ein entsprechender Antrag auf Gewährung einer Zuwendung wird von der Innovationsagentur Nordostniedersachsen INNO.NON GmbH bei der Investitions- und Förderbank des Landes Niedersachsen eingereicht und dürfte vor Auftragsvergabe positiv beschieden sein. Sollte wider Erwarten der Fall eintreten, dass die Zuwendung der Innovationsagentur Nordostniedersachsen INNO.NON GmbH versagt wird, wird das Verfahren aufgehoben bzw. ist diese berechtigt, den Vertrag ohne eine Einhaltung einer Frist und mit sofortiger Wirkung zu kündigen (Sonderkündigungsrecht). Ein Anspruch auf entgangenes Honorar / Entschädigung steht dem späteren Auftragnehmer nicht zu. Die Bieter dieses Vergabeverfahrens erklären sich mit der Angebotsabgabe mit dem Sonderkündigungsrecht und seinen Folgen einverstanden.

1.1 Hintergrund

Die 11 Landkreise Nordostniedersachsens haben bereits 2014 eine gemeinsame regionale Handlungsstrategie für die Wasserstoffwirtschaft aufgestellt.

In den prozessbegleitenden Analysen wurde sehr deutlich, dass innerhalb dieses Raumes und sogar innerhalb einzelner Landkreise erhebliche Unterschiede bestehen, die nicht zuletzt durch die Lage zwischen den drei angrenzenden Metropolregionen beeinflusst werden.

Gleichzeitig wurden aber auch gemeinsame Herausforderungen festgestellt, mit denen die gesamte Region konfrontiert ist. Das gilt in sozioökonomischer Hinsicht insbesondere bzgl. der demografischen Entwicklung und der Konsequenzen für den Arbeitsmarkt, der Innovationsinfrastruktur sowie im Hinblick auf den Energie- und Klimawandel.

Vor diesem Hintergrund wurde 2020 das GRW-Regionalmanagement Nordostniedersachsen – Wasserstoffwirtschaft - installiert. Seit der Gründung bietet das Regionalmanagement eine landkreisübergreifende Koordinierungs- und Unterstützungsstruktur, die darauf ausgerichtet ist, regionale Potentiale zu erschließen und Entwicklungsprozesse zu beschleunigen. Die Arbeit des Regionalmanagements zielt darauf ab, tragfähige Rahmenbedingungen für unternehmerische Aktivitäten zu schaffen und zu verbessern und die Region Nordostniedersachsen als Wasserstoff- und Transformationsstandort weiter zu stärken.

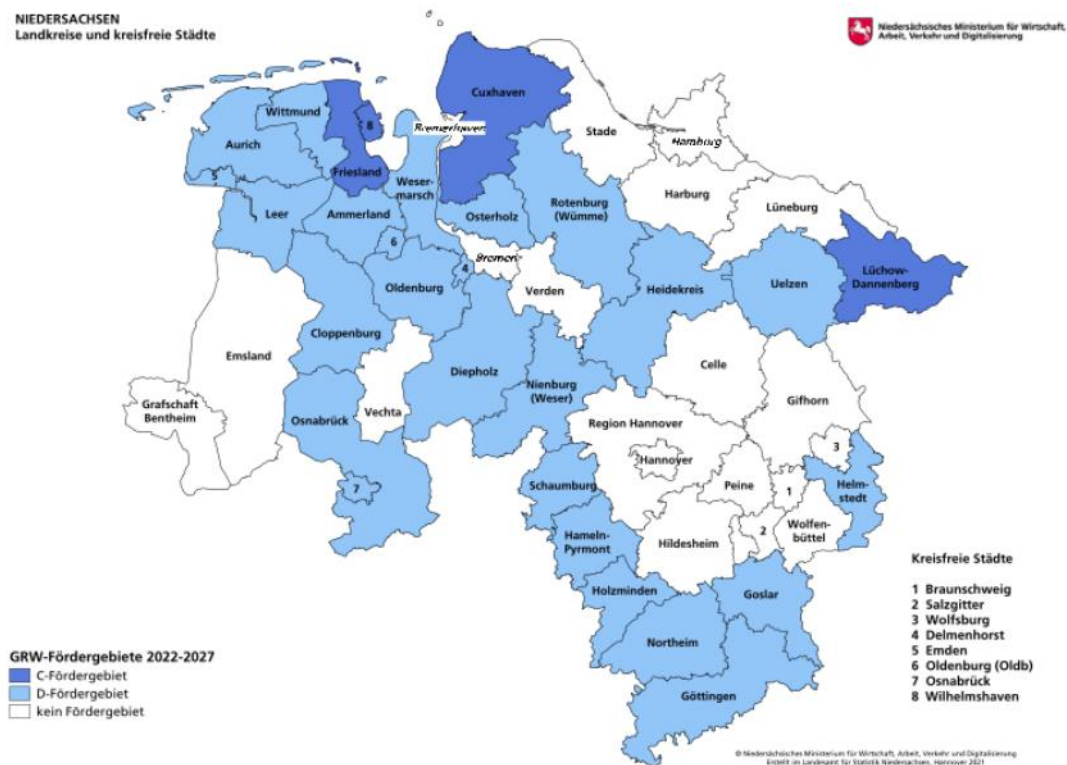
1.2 Regionale Ausgangssituation

Die Region mit einer Größe von 15.500 km² und ca. 1,7 Mio. Einwohnern liegt im nordöstlichen Niedersachsen. Sie wird im Westen durch die Weser, im Osten durch die Elbe und im Norden

durch die Nordsee begrenzt. Mit den angrenzenden Metropolregionen Bremen und Hamburg sowie der Region Hannover gibt es vielfältige Wechselbeziehungen.

GRW-Fördergebietskulisse

6 der 11 Landkreise im Amtsbezirk zählen in der aktuellen Förderperiode 2022-2027 zur GRW-Fördergebietskulisse:



Quelle: [https://www.nbank.de/medien/nb-media/Downloads/Rechtliche-Grundlagen/Sonstige-rechtliche-Grundlagen/GRW-Fördergebietskarte-\(2022-2027\).pdf](https://www.nbank.de/medien/nb-media/Downloads/Rechtliche-Grundlagen/Sonstige-rechtliche-Grundlagen/GRW-Fördergebietskarte-(2022-2027).pdf)

Die Region gilt insgesamt als strukturschwach. Sie bildet in den westdeutschen Bundesländern die gem. EU-Definition einzige „Übergangsregion“.

Als besonders strukturschwach gelten dabei die Landkreise Cuxhaven, der Heidekreis, Lüchow-Dannenberg, Osterholz, Rotenburg (Wümme) und Uelzen, die zu den Fördergebieten der sog. Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur (GRW) zählen (s. Abbildung 1).

Die als ländlich-peripher bezeichneten Räume im Norden und Osten sind gekennzeichnet insbesondere durch hohes landschaftliches Potenzial und besondere Betroffenheit vom

demografischen Wandel und seinen Auswirkungen. Die ländlichen Räume zwischen den Zentren zeichnen sich vor allem durch erkennbare industrielle Kerne, aber auch die relativ starke Abhängigkeit von den Zentren aus. Das unmittelbare Umland von Bremen und Hamburg verfügt über eine vergleichsweise hohe Kaufkraft, eine stabile demografische Entwicklung, aber ebenfalls starke Abhängigkeit von den angrenzenden Zentren.

Das GRW-Gebiet dominiert die Region Lüneburg mit sechs von elf Landkreisen und weit mehr als der Hälfte der Fläche deutlich. Trotz einer sehr geringen Einwohnerdichte von nur 100 Personen je Quadratkilometer weisen die GRW-Landkreise die Hälfte der Bevölkerung der Region auf. Dabei lässt die Bevölkerungsvorausberechnung des Landesamts für Statistik Niedersachsen allerdings einen Bevölkerungsverlust von -9 % bis 2030 erwarten. Hinzu kommt ein Durchschnittsalter von 46 Jahren, was aus dem hohen Anteil an über 65-Jährigen resultiert. Allein diese statistischen Angaben zur Bevölkerung zeigen, dass die Kommunen - aber nicht zuletzt auch die Wirtschaft - vor großen Herausforderungen stehen.

Die Wirtschaftsstruktur der Region ist gekennzeichnet durch einen im Landesvergleich sehr viel höheren Anteil an Erwerbstätigen in den Bereichen Land-/Forstwirtschaft und Fischerei und einem deutlich höheren Anteil im Dienstleistungsbereich, insbesondere in Handel, Verkehr und Lagerei. Deutlich unter dem Landesdurchschnitt liegt die Erwerbstätigkeit im produzierenden Gewerbe. Das Bild spiegelt sich in der regionalen Bruttowertschöpfung, wobei die Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen fast durchweg unter dem Landesdurchschnitt liegt.

Mit Blick auf die (Förderung der) Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe ist im Rahmen der bisherigen Analyseprozesse u. a. herausgearbeitet worden, dass die Ausstattung der Region mit (staatlichen) Hochschulen zwar gering ist, dass es aber flächendeckend eine ganz beachtliche Zahl von auch wissenschaftlich kompetenten Einrichtungen gibt, die als sog. „Innovationskeimzellen“ für verschiedenste Themen erschlossen und in regionale Entwicklungsaktivitäten eingebunden werden könnten. Den kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) in der Region könnte so vergleichsweise standortnah qualifizierte Unterstützung geboten und einer Abwanderung in die wissenschaftlichen Einrichtungen der angrenzenden Metropolen entgegengewirkt werden.

1.3 Zielsetzung

Zentrale Zielsetzung ist die Fortführung eines leistungsfähigen Regionalmanagements, durch das die Synergiepotenziale, die sich aus der bisherigen strukturierten Zusammenarbeit zwischen den Akteuren in den elf Landkreisen als wirksam erwiesen haben, weiterhin gezielt und wirkungsvoll eingesetzt werden.

Die Region Nordostniedersachsen befindet sich im Kontext der Energiewende und der industriellen Transformation in einem strukturellen Anpassungsprozess, in dem die Wasserstoffwirtschaft perspektivisch eine zentrale Rolle einnehmen kann. Gleichzeitig zeigen die Erfahrungen der bisherigen Projektlaufzeit, dass sich der erwartete Markthochlauf deutlich langsamer entwickelt als ursprünglich angenommen.

Vor diesem Hintergrund besteht die zentrale Herausforderung darin, die Region in einem Umfeld hoher Unsicherheit handlungsfähig zu halten und gleichzeitig die Voraussetzungen für zukünftige Investitions- und Innovationsprozesse zu schaffen.

Ziel des Regionalmanagements ist es daher, eine integrierte Struktur zu etablieren, die regionale Entwicklungsprozesse koordiniert und strukturiert, strategische Entscheidungsgrundlagen erarbeitet und die Region gezielt auf den Markthochlauf vorbereitet. Das Regionalmanagement folgt damit einer kombinierten Logik aus strukturorientierter GRW-Förderung und strategischem Transformationsmanagement.

Das Regionalmanagement Wasserstoffwirtschaft versteht sich weiterhin als landkreisübergreifende Koordinierungs- und Unterstützungsstruktur, die darauf ausgerichtet ist, regionale Potenziale zu erschließen und Entwicklungsprozesse zu beschleunigen. Die Arbeit des Regionalmanagements zielt darauf ab, tragfähige Rahmenbedingungen für unternehmerische Aktivitäten zu verbessern und die Region Nordostniedersachsen als Wasserstoff- und Transformationsstandort weiter zu stärken.

Mit der Perspektive der erfolgreichen Weiterführung einer „Wasserstoffregion Nordostniedersachsen“ eng verknüpft ist das Thema der entsprechenden Fachkräftegewinnung und -sicherung, die eine Querschnittsaufgabe des Regionalmanagements sein wird. Eine einzelbetriebliche Förderung ist dabei von Seiten des Regionalmanagements weder leistbar noch gewollt. Sofern entsprechender Bedarf besteht, können die Betriebe auf die Beratungsstrukturen des regionalen Wissens- und Technologietransfers zurückgreifen.

Angesichts der Zahl der Akteure und der Vielfalt und Komplexität der anstehenden Aufgaben erscheint ein projektübergreifend agierendes Regionalmanagement, das örtlich und fachlich unabhängig und deshalb von der ganzen Region getragen arbeiten kann, als konsequente Fortsetzung. Die Verbindlichkeit, mit der die Landkreise hinter dem Thema stehen, wird dadurch unterstrichen.

1.4 Bisherige Aktivitäten im Bereich Wasserstoff

Auf gesamtregionaler Ebene ist das Thema Wasserstoff erstmalig 2014 adressiert worden, als es um die Identifikation besonderer regionaler Innovationspotenziale für die Region ging. Dem Landkreis Stade wurde zu der Zeit bereits Kompetenz im Bereich Wind-Wasserstoff zugeordnet, also einem sog. „grünen Wasserstoff“. Die regionsweit vorhandenen Kompetenzen in diesem Bereich sind dann von den elf Landkreisen ab 2018 gemeinsam beleuchtet und systematisch aufbereitet worden.

Das geschah ab November 2018 mit Landesförderung aus dem Programm „Regionale Wachstumsimpulse“ im Projekt „Wasserstoffwirtschaft“. Ziel war es, vorhandene Aktivitäten, Strukturen und Wertschöpfungsketten im Wasserstoffbereich sichtbar zu machen, Potenziale, Interessen und erste Projektansätze zu identifizieren und ein Netzwerk der einschlägigen Akteure aufzubauen. Diese Arbeiten konnten im Dezember 2019 erfolgreich abgeschlossen werden. Ein Teilaspekt, der dabei für die Region als besonders aussichtsreich identifiziert worden ist, ist der Lastverkehr mit grünem Wasserstoff.

Dieser Teilaspekt bildete auch die Grundlage für die HyExperts-Studie „Future Mobility – Lastverkehr mit Grünem Wasserstoff“ im Rahmen des Förderprogramms des BMVI. Unter der Federführung des Landkreises Osterholz wurden Studien, Konzepte und Pläne zu diesem Themenfeld erarbeitet und allen interessierten Akteuren in der Region als belastbare Grundlagen für Arbeiten zu diesem Thema zur Verfügung gestellt. Die Projektlaufzeit betrug 12 Monate; das Projekt wurde im Oktober 2021 abgeschlossen.

Das o.g. Ausgangsprojekt „Wasserstoffwirtschaft“ hat allerdings deutlich mehr Entwicklungspotenzial aufgezeigt, als im Rahmen des Bundesprogramms HyExperts darstellbar war und zu bearbeiten wäre. Dazu zählen insbesondere vorhandene Entwicklungsmöglichkeiten und -bedarfe im Hinblick auf die energetische Siedlungs- und Quartiersentwicklung sowie die Entwicklung bzw. Bereitstellung erforderlicher Infrastruktur.

Weitere Aspekte (u. a. Fachkräfte) haben sich aus der regionalwirtschaftlichen Analyse (siehe Anlage) ergeben, auf die sich die Landkreise verständigt hatten, um wirklich alle Facetten des Themas für die regionale Entwicklung zu beleuchten. Die Analyseergebnisse haben die Verantwortlichen in der Erkenntnis bestärkt, dass für die erfolgreiche Entwicklung einer Wasserstoffregion Nordostniedersachsen beste Chancen bestehen. Deren Nutzung setzt angesichts der Komplexität der damit verbundenen Aufgaben aber ein professionelles Management voraus.

Die Wertschöpfungspotenzialstudie Energietransformation Nordwest – im Projektkontext als Wirtschaft.Wandel.Energie / WWE-Studie bezeichnet – untersucht die energetischen,

infrastrukturellen und regionalwirtschaftlichen Entwicklungspotenziale der ehemaligen Regierungsbezirke Weser-Ems und Lüneburg. Der Untersuchungsraum umfasst insgesamt 28 Gebietskörperschaften und berücksichtigt neben administrativen Grenzen insbesondere funktionale Cluster und bestehende Netzwerkstrukturen, darunter den Strategierat Energie Weser-Ems, das Wasserstoffnetzwerk Nordostniedersachsen (H2.N.O.N), Net Zero Valley, die Metropolregion Nordwest und Powerhouse Nord. Damit wird die Region nicht nur als Raum erneuerbarer Energieerzeugung, sondern als funktional verflochtener Energie-, Industrie- und Transformationsraum betrachtet.

Die Studie ist als vierstufiger Gesamtprozess angelegt. Phase I umfasst eine deskriptive Regionalanalyse als GIS-gestützte Bestandsaufnahme. Hierbei werden Energieerzeugung, Strom-, Gas-, Wasserstoff- und Telekommunikationsinfrastruktur, Speicher- und Backup-Strukturen, energieintensive Industriestandorte, Gewerbe- und Industrieflächen, Logistikachsen, Bildungs- und Fachkräfteressourcen sowie geplante Energie- und Infrastrukturprojekte systematisch erhoben. Phase II soll darauf aufbauend Wertschöpfungsketten und regionalwirtschaftliche Effekte untersuchen, insbesondere mit Blick auf den Zubau erneuerbarer Energien, Wasserstoffherzeugung und -speicherung, Kraftwerksstandorte, Speichertechnologien sowie Ansiedlungen im Bereich von Netto-Null-Technologien. Phase III soll aus den analytischen Ergebnissen Handlungsempfehlungen und eine Roadmap ableiten. Phase IV dient der kommunikativen Nutzung der Ergebnisse für regionale Akteure, Politik, Wirtschaft, Investoren und überregionale Entscheidungsprozesse.

Der aktuelle Zwischenstand der Phase I zeigt, dass die Datenrecherche weitgehend abgeschlossen ist und die GIS-Struktur mit thematischen Layern bereits aufgebaut wurde. Erfasst wurden unter anderem 4.631 Onshore-Windenergieanlagen mit rund 9.924 MW installierter Leistung, 841 Offshore-Windenergieanlagen mit Netzbezug in den Untersuchungsraum, 403 Freiflächen-PV-Anlagen, 1.288 Biogasanlagen, wesentliche Strom- und Gasnetzinfrastrukturen, Wasserstoffprojekte, Batteriespeicher, Kavernenspeicher, Kraftwerksstandorte sowie energieintensive Industriestandorte. Im Bereich Wasserstoff wurden unter anderem Power-to-Gas- bzw. Elektrolyseprojekte in Emden, Lingen, Werlte, Brake, Haren und Cuxhaven erfasst. Zudem wurden strategisch relevante Speicherstandorte wie Etzel, Huntorf, Jemgum, Krummhörn und Harsefeld in die Betrachtung aufgenommen.

Für die Fortführung des Regionalmanagements Wasserstoffwirtschaft in der Region Nordostniedersachsen sind die Zwischenergebnisse insbesondere deshalb relevant, weil sie eine belastbare fachliche Grundlage für die weitere Priorisierung von Standorten, Projekten und Infrastrukturbedarfen schaffen. Das Regionalmanagement kann auf dieser Basis die bisherige Netzwerk- und Projektarbeit stärker mit räumlichen, infrastrukturellen und wirtschaftlichen Potenzialdaten verknüpfen. Von besonderer Bedeutung sind hierbei die

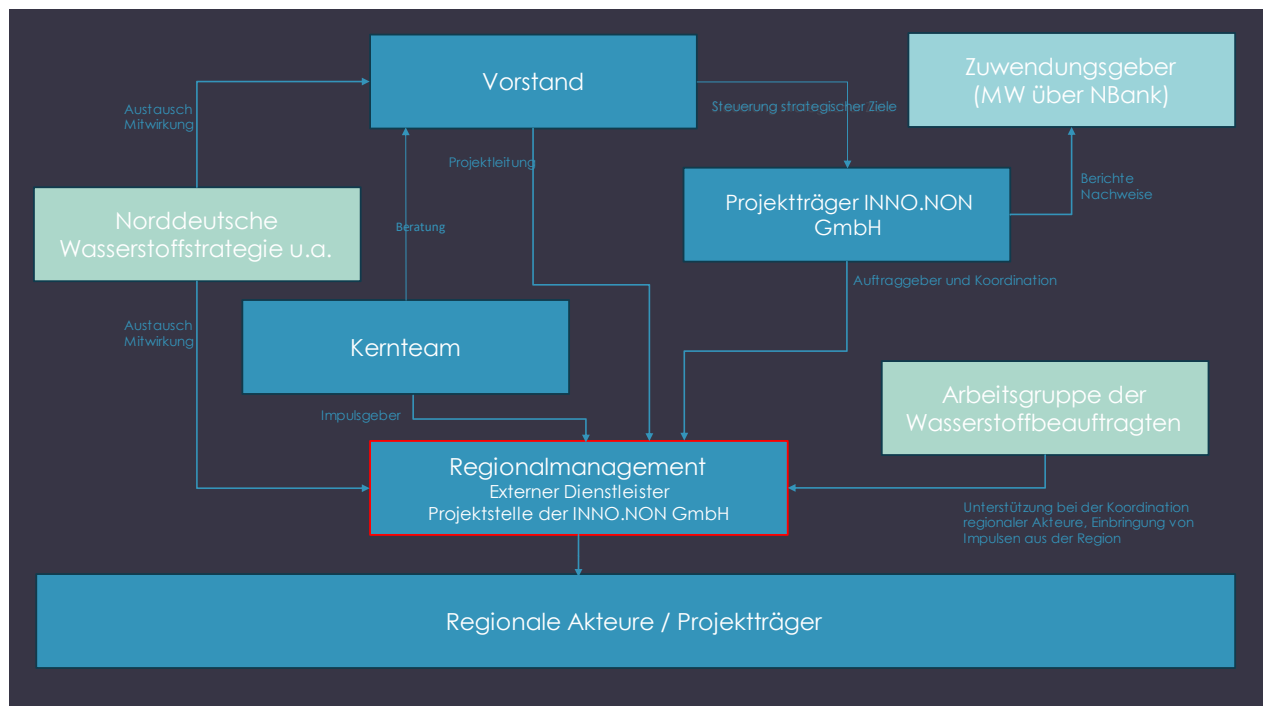
Analyse der Wasserstoffinfrastruktur, die Lage potenzieller Anschlusspunkte an das Wasserstoff-Kernnetz, die Bewertung von Wasserverfügbarkeit, die Identifikation geeigneter Gewerbe- und Industriestandorte sowie die Einordnung von Speicher-, Elektrolyse- und Abnehmerpotenzialen. Gleichzeitig bestehen noch Klärungsbedarfe, unter anderem hinsichtlich der Detailtiefe bei Gewerbeflächen, der Methodik der Fachkräfteanalyse, der Ausgestaltung der Wasserstoff-Potenzialanalyse sowie der Veröffentlichungsregeln für sicherheitsrelevante Infrastrukturdaten.

In die bisherige Bearbeitung eingebunden sind neben den Industrie- und Handelskammern IHK Elbe-Weser, IHK Lüneburg-Wolfsburg, IHK Ostfriesland und Papenburg, IHK Osnabrück – Emsland – Grafschaft Bentheim und Oldenburgische IHK auch regionale Netzwerke und Initiativen wie H2.N.O.N, OLEC, Strategierat Energie Weser-Ems, Powerhouse Nord, H2-Region Emsland und Net Zero Valley. Ergänzend wurden Behörden und Institutionen wie das Amt für regionale Landesentwicklung Lüneburg, das Energieforschungszentrum Niedersachsen und der Landesverband Erneuerbare Energien Niedersachsen/Bremen einbezogen. Die WWE-Studie kann damit für die weitere Arbeit des Regionalmanagements Wasserstoffwirtschaft Nordostniedersachsen als fachlich-technische Referenz dienen, um regionale Wasserstoffaktivitäten stärker datenbasiert zu steuern, Projektansätze zu priorisieren, Schnittstellen zu überregionalen Infrastrukturen sichtbar zu machen und die Region im Kontext der Energietransformation strategisch weiterzuentwickeln. Ergebnisse der Phase I sollen im Juni 2026 vorliegen.

1.5 Organisation

Aufbauend auf den bisherigen Aktivitäten verfügt das Regionalmanagement über eine etablierte und leistungsfähige Organisationsstruktur, in der die relevanten regionalen Akteure breit eingebunden sind. Die Ausgestaltung dieser Struktur wurde in enger Abstimmung mit den beteiligten Personen und Einrichtungen entwickelt und hat sich in der Praxis bewährt.

Die geplante Struktur ist in der nachfolgenden Abbildung dargestellt:



1.5.1 Projektträger

Die Innovationsagentur Nordostniedersachsen INNO.NON GmbH übernimmt als Antragstellerin und Projektträgerin des Regionalmanagements die Auftraggeberfunktion und koordiniert die Interessen der Landkreise zur Aufgabenwahrnehmung des Regionalmanagements. Darüber hinaus obliegt ihr die vollständige administrative Abwicklung der Förderung, einschl. der Einreichung von Berichten und Verwendungsnachweisen sowie der Kommunikation mit dem Zuwendungsgeber unter zur Hilfenahme des externen Dienstleisters. Die Landkreise in der Region unterstützen das Vorhaben und stehen bei Bedarf beratend zur Verfügung.

Die Regionalmanagement soll weiterhin unter Einbindung eines externen Dienstleisters durchgeführt werden. Im Verlauf der geplanten 36-monatigen Projektlaufzeit ist geplant, Verantwortlichkeiten sowie ausgewählte operative Tätigkeiten schrittweise auf die Innovationsagentur Nordostniedersachsen INNO.NON GmbH zu übertragen. Zu diesem Zweck wird zu Projektbeginn eine Projektstelle bei der Innovationsagentur Nordostniedersachsen INNO.NON GmbH eingerichtet. Ziel ist es, die im Rahmen des Regionalmanagements aufgebauten Kompetenzen, Netzwerke und Arbeitsstrukturen langfristig in einer regional verankerten Organisation zu bündeln und nachhaltig zu sichern.

1.5.2 Projektleitung

Die Leitung und strategische Ausrichtung des Projekts liegen in der Verantwortung eines **Vorstands**, der die zentrale Steuerungs- und Entscheidungsfunktion innerhalb des Regionalmanagements wahrnimmt. Der Vorstand begleitet die operative Umsetzung eng, setzt inhaltliche Schwerpunkte und stellt die strategische Weiterentwicklung des Projekts sicher.

Die operative Projektleitung des Regionalmanagements liegt beim externen Dienstleister, der die fachliche Steuerung übernimmt und zugleich eine kontinuierliche Einbindung der internen Projektstelle gewährleistet. Beide arbeiten über die gesamte Projektlaufzeit hinweg mit einem gleichbleibenden, komplementären Arbeitsvolumen zusammen und bringen ihre jeweiligen Stärken in einem dauerhaft kooperativen Arbeitsmodus ein. Diese Arbeitsweise schafft die Grundlage für eine nachhaltige Verstetigung des Regionalmanagements über die Förderperiode hinaus. Wissen und Aufgaben werden dabei in einem fortlaufenden gemeinsamen Prozess weiterentwickelt und so zu einer tragfähigen Basis ausgebaut.

Dem Vorstand gehören Vertreter der Landkreise und der Industrie- und Handelskammer sowie die Vertreterin des ArL an. Durch diese Zusammensetzung wird gewährleistet, dass regionale Interessen, fachliche Expertise und strategische Perspektiven in die Projektsteuerung einfließen.

Das Kernteam steht dem Vorstand in einer beratenden und unterstützenden Rolle zur Seite. Es bereitet fachliche Einschätzungen und Hintergrundinformationen auf und liefert Impulse für die inhaltliche Weiterentwicklung von Maßnahmen. Durch die Einbindung verschiedener Akteursgruppen der maßgeblichen und finanzierenden Stakeholder vereint das Kernteam unterschiedliche Perspektiven und stärkt damit die inhaltliche Qualität der Entscheidungsgrundlagen.

1.5.3 Arbeitsgruppe der Wasserstoffbeauftragten

Die Arbeitsgruppe der Wasserstoffbeauftragten übernimmt eine wichtige Rolle bei der regionalen Verankerung der Aktivitäten. Sie unterstützt die Koordination der beteiligten Akteure vor Ort, bringt Impulse und Rückmeldungen aus den Regionen ein und trägt so dazu bei, dass lokale Entwicklungen und Bedarfe frühzeitig berücksichtigt werden. Durch ihre Nähe zu den regionalen Strukturen schafft die Arbeitsgruppe eine praxisnahe Verbindung zwischen strategischer Planung und konkreter Umsetzung und stärkt damit die Abstimmung zwischen zentralen und dezentralen Akteursgruppen.

1.5.4 Regionalmanagement

Das Regionalmanagement trägt die operative Verantwortung für die geplanten und in Kapitel 3 ausführlich beschriebenen Arbeiten. Zentrale Ziele der vier dort definierten Arbeitspakete sind:

- Sicherstellung der laufenden Arbeits- bzw. Handlungsfähigkeit des Regionalmanagements und der eingesetzten Gremien.
- Initiierung und Begleitung von Innovationsaktivitäten und Projekten entlang der gesamten Wasserstoff-Wertschöpfungskette inkl. der Infrastruktur mit prioritärem Fokus auf die „Themenfelder Mobilität (Verkehr/Logistik), Energieversorgung/Entsorgung (Quartierslösungen, energieautarke Kommunen), Wasserstoffinfrastruktur (Speicher, Tankstellen), industrielle Anwendungen sowie komplementärer Technologien, sofern sie im Sinne einer Gesamtstrategie sinnvoll erscheinen.
- Profilbildung Nordostniedersachsens als Wasserstoffregion und die Förderung der regionalen und überregionalen Kooperation.
- Zusammenarbeit mit den Projektpartnern sowie den regionalen Fachkräftebündnissen und der Arbeitsverwaltung, um die Verfügbarkeit der für das Thema Wasserstoff erforderlichen Fachkräfte zu fördern.

Um die strategische Steuerungsfähigkeit, die regionale Verankerung und die fachliche Tiefe systematisch miteinander verbinden zu können, übernimmt der externe Dienstleister im Rahmen der Aufgabenteilung die analytischen, methodischen und fachlich vertiefenden Arbeitsfelder:

- Analyse von Netzverläufen, Anschlussoptionen und technischen sowie regulatorischen Rahmenbedingungen bleibt alles
- Aufbau und Pflege von Kontakten zu regionalen Unternehmen und relevanten Akteuren
- Entwicklung und Bewertung von Szenarien, Zeithorizonten und Umsetzungspfaden
- Durchführung von Branchenanalysen und technischer Bewertung spezifischer Use Cases
- Wirtschaftlichkeitsanalysen und Ableitung strategischer Umsetzungsperspektiven
- Erstellung technischer Konzepte und Unterstützung bei Projektentwicklungen und Standortbewertungen

- Fachliche Analyse und Bewertung von Großprojekten im nationalen und internationalen Kontext
- Identifikation und Bewertung von Wertschöpfungspotenzialen
- Detailanalyse von Förderprogrammen sowie Strukturierung förderfähiger Projektansätze
- Technologiemonitoring, Trendanalysen und Einbindung von F&E-Netzwerken zur Bewertung neuer Technologien

Zur Sicherstellung einer langfristigen institutionellen Verstetigung der aufgebauten Strukturen, Kompetenzen und Prozesse arbeitet das Regionalmanagement eng mit der bei der Innovationsagentur Nordostniedersachsen INNO.NON GmbH eingerichteten Projektstelle zusammen. In diesem Rahmen erfolgt eine schrittweise, partnerschaftliche Weiterentwicklung und Übertragung von Aufgaben und Verantwortlichkeiten, die darauf abzielt, die regionalen Wasserstoffaktivitäten dauerhaft organisatorisch zu verankern.

Der externe Dienstleister und die Projektstelle arbeiten über die gesamte Projektlaufzeit hinweg gemeinsam an den Aufgaben und Prozessen und entwickeln ein umfassendes Verständnis aller Abläufe. Auf diese Weise entsteht eine tragfähige Grundlage für die Verstetigung, ohne dass eine einseitige Konzentration der Aufgaben entsteht.

Übergeordnetes Ziel ist die gefestigte Profilierung der Region als „Wasserstoffregion Nordostniedersachsen“, die sich in den vergangenen Jahren durch zahlreiche Aktivitäten und Kooperationen bereits sichtbar etabliert hat.

Es ist dabei Ansprechpartner für alle Akteure, unterstützt aktiv die (potenziellen) regionalen Projektträger und vertritt die Region nach Absprache mit der Projektleitung in relevanten Gremien sowie auf einschlägigen Veranstaltungen. Das Regionalmanagement unterstützt den Projektträger und die Projektleitung und moderiert die eingesetzten Kompetenzgruppen. Darüber hinaus werden durch das Management konkrete Maßnahmen initiiert, koordiniert und inhaltlich begleitet und die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit gesteuert.

Um die regionale Neutralität sicherzustellen, soll das Regionalmanagement im Einvernehmen mit allen elf Landkreisen an einen externen Dienstleister vergeben werden. Ca. 70 % des Gesamtleistungsumfangs entfallen dabei auf das externe Regionalmanagement, während rund 30 % durch die neu einzurichtende Projektstelle innerhalb der Innovationsagentur Nordostniedersachsen INNO.NON GmbH erbracht werden.

Die Arbeit des Regionalmanagements erfolgt in enger und kontinuierlicher Zusammenarbeit mit der internen Projektstelle der Innovationsagentur Nordostniedersachsen INNO.NON GmbH.

1.5.5 Regionale Akteure / Projektträger

Als offene Plattform für die Ansprache und Einbindung interessierter Akteure und (potenzieller) Projektträger aus der Region ist für das Jahr 2027 die Durchführung eines „Wasserstoff-Tags“ vorgesehen. Im Rahmen dieser Veranstaltung sollen relevante Einrichtungen, aktuelle Arbeitsergebnisse und Projektstände präsentiert werden. Zudem bietet der Wasserstoff-Tag die Möglichkeit, identifizierte Handlungsbedarfe sowie die weitere strategische Ausrichtung der regionalen Wasserstoffaktivitäten gemeinsam zu erörtern.

Ergänzend ist für 2028 die Ausrichtung eines „Wasserstoff-Dinners“ geplant, das den fachlichen Austausch in einem repräsentativen Rahmen vertiefen und die Vernetzung zentraler regionaler Akteure weiter stärken soll. Zentrale Zielgruppe dafür sind die Unternehmen der Region sowie potenzielle Investoren. Als Kerngruppe werden zunächst die Unternehmen gesehen, die sich bereits im Projekt Wasserstoffwirtschaft engagiert haben. Zum Teil handelt es sich um regionsweit anerkannte Meinungsbildner, die für eine Mitarbeit im Netzwerk werben und Impulse für Projekte und Kooperationen geben können. Sie werden ggf. durch das Regionalmanagement sowie aus den Kompetenzgruppen beraten und unterstützt.

Einmal jährlich findet in Berlin das sogenannte Hauptstadtfrühstück statt, das dem Regionalmanagement Nordostniedersachsen Wasserstoffwirtschaft als Dialogplattform mit interessierten Bundestagsabgeordneten sowie weiteren politischen und fachlichen Entscheidungsträgern dient. Im Mittelpunkt steht dabei nicht allein die Information über den Stand der Wasserstoffaktivitäten in Nordostniedersachsen, sondern insbesondere der direkte Austausch über zentrale Herausforderungen des Hochlaufs der Wasserstoffwirtschaft. Das Format ermöglicht es, regionale Erfahrungen, Hemmnisse und Bedarfe unmittelbar in der Bundespolitik zu adressieren und konstruktiv an einer Lösungsfindung mitzuwirken. Auf diese Weise trägt das Hauptstadtfrühstück dazu bei, regionale Perspektiven sichtbar zu machen und zugleich Impulse für eine wirksame Weiterentwicklung der nationalen Rahmenbedingungen zu setzen.

Darüber hinaus wird die Zusammenarbeit mit den Wirtschaftskammern in der Region als wichtiges Bindeglied zu den Unternehmen angesehen; sie soll fachspezifisch noch verstärkt werden.

Zur Sicherung größtmöglicher Akzeptanz von Wasserstoff-Vorhaben in der Region erfolgt eine frühzeitige und aktive Beteiligung der interessierten Öffentlichkeit; auch sie wird im Rahmen des Wasserstoff-Tages adressiert.

Konzeption, organisatorische Ausgestaltung (einschl. Referentenauswahl) und vollständige operative Durchführung der drei vorgesehenen Veranstaltungsformate obliegen – unter

fortlaufender Einbindung der Projektstelle der Innovationsagentur Nordostniedersachsen INNO.NON GmbH - dem externen Dienstleister und werden gemäß der unter Punkt 4 beschriebenen Honorarermittlung vergütet. Die hierfür anfallenden Sachkosten – hierzu zählen unter anderem Honorare für externe Referentinnen und Referenten, Mietkosten für Veranstaltungsorte, Catering sowie vergleichbare Ausgaben – werden nicht über den Dienstleister abgewickelt, sondern unmittelbar durch die Innovationsagentur Nordostniedersachsen INNO.NON GmbH beauftragt und abgerechnet.

1.5.6 Norddeutsche Wasserstoffstrategie u. a.

Die im November 2019 vorgelegte Strategie umfasst vier Handlungsfelder, die große Schnittmengen mit den geplanten Aktivitäten im Rahmen des Regionalmanagements aufweisen. Handlungsfelder sind:

- „Wasserstoff-Infrastruktur“,
- „Wertschöpfung durch Wasserstoff“,
- „Wasserstoff in Richtlinien, Vorschriften und Programmen“,
- „Wasserstoff-Akzeptanz und Bildung“.

Nach unserer Wahrnehmung läuft die inhaltliche Arbeit zur Umsetzung der Strategie erst an. Ein gezieltes Zugehen auf die regionalen/lokalen Akteure ist bisher noch nicht erfolgt. Die Akteure, insbesondere die Landkreise, haben aber bereits vorab gegenüber dem zuständigen Fachreferat erklärt, sich aktiv in diesen Prozess einzubringen und das Fachreferat in seiner Arbeit entsprechend der eigenen Möglichkeiten zu unterstützen.

Darauf abgestimmt bieten wir die aktive Mitarbeit an. Als Handlungsfelder für das Regionalmanagement sehen wir dafür bisher insbesondere:

- Entwicklung der Region zu einem der in der Strategie beschriebenen Wasserstoff Hubs: Bündelung mehrerer Segmente der Wasserstoff-Wertschöpfungsketten (Erzeugung, Zwischenspeicherung, Verteilung, Nutzen) an konzentrierten Standorten
- Detailanalyse und Entwicklung von Angebots- und Nachfragekapazitäten
- Erfassen der Infrastruktur Tankstellen und abgestimmte Konzeption von Zielszenarien
- Erarbeitung eines darauf abgestimmten, regionsgerechten Standort-, Ansiedlungs- und Marketingkonzepts

- Unterstützung bei der Vernetzung der Hubs
- Lfd. Austausch und Kooperation mit den verschiedenen geplanten Hubs
- Öffentlichkeitsarbeit – Sichtbarmachung der Hubs zur Förderung der öffentlichen Akzeptanz – z.B. auch durch gemeinschaftliche Beteiligung an Veranstaltungen, Messen o.ä.
- Mitwirkung in den erwarteten Arbeitsgruppen und Gremien

Der finale Aktionsplan soll im weiteren Prozess in Abstimmung mit dem Fachressort aufgestellt und nach Rückkopplung/Freigabe durch den Vorstand umgesetzt werden.

1.6 Abgrenzung zu anderen Regionalmanagements in der Region

Unter der Bezeichnung Regionalmanagement werden in der Region, wie in ganz Niedersachsen, sehr verschiedene Aktivitäten betrieben und gefördert. Im Rahmen der EU-Strukturfonds gibt es Regionalmanagements etwa für die regionalen Fachkräftebündnisse und die Gesundheitsregionen, aus dem Landwirtschaftsfonds der EU sind Regionalmanagements für die sog. LEADER-Programme und die Projekte zur integrierten ländlichen Entwicklung eingesetzt. Sie alle sind aber deutlich kleinteiliger (i. d. R. etwa ein Landkreis) oder sehr eng thematisch ausgerichtet.

Zwischen den Regionalmanagements bestehen inhaltlich keine Überschneidungen, ein Austausch findet jedoch statt und erweist sich insbesondere bei Themen wie den Fachkräftepotenzialen als sinnvoll.

2 Zu vergebende Leistungen

Im Rahmen dieser Vergabe werden folgende Leistungen vergeben:

Fortführung und konsolidierte Weiterentwicklung des Regionalmanagements für die elf Landkreise im ehemaligen Regierungsbezirk Lüneburg mit einer Fokussierung auf das Thema Wasserstoff gemeinsam mit der Projektstelle der Innovationsagentur Nordostniedersachsen INNO.NON GmbH.

- Arbeitspaket 1: Regionale Entwicklungsaktivitäten befördern
- Arbeitspaket 2: Initiierung und Begleitung der Innovationsaktivitäten
- Arbeitspaket 3: Förderung der Netzwerk- und Konsensbildung
- Arbeitspaket 4: Fachkräftepotenzial identifizieren und heben

Ziel ist es auch, eine Vision für eine Wasserstoffwirtschaft 2035 in Nordostniedersachsen aus den Ergebnissen der Arbeitspakete zu entwickeln.

3 Leistungsbeschreibung Regionalmanagement

Fachlich soll das Regionalmanagement für die Wasserstoffregion Nordostniedersachsen vor dem Hintergrund bestehender bzw. aussichtsreicher Initiativen und Projekte in der Region auf die Themen Energie und Mobilität sowie auf entsprechende Infrastruktur- und Fachkräftebedarfe ausgerichtet werden.

Konkrete Arbeitsinhalte bestehen darin, die Aktivitäten und Initiativen in diesen Themenfeldern zu befördern, Innovations-/Projektaktivitäten zu initiieren bzw. zu begleiten, die regionale Netzwerkarbeit sowie die Konsensbildung voranzutreiben, und dabei stets darauf hinzuwirken, dass regionale Beschäftigungs- und Wachstumspotenziale identifiziert, mobilisiert und genutzt werden. Ebenso ist die Erstellung eines abgestimmten Zielbildes „Wasserstoffwirtschaft Nordostniedersachsen 2035“ vorgesehen.

In allen Arbeitspaketen arbeitet der beauftragte Dienstleister eng mit der Projektstelle der Innovationsagentur Nordostniedersachsen INNO.NON zusammen, wobei dem Dienstleister in der Hauptsache die fachlichen und methodischen Aufgaben und der Projektstelle der Innovationsagentur Nordostniedersachsen INNO.NON GmbH die Aufgaben zur Steuerung und Koordination des Projektes zufallen.

3.1 Arbeitspaket 1: Regionale Entwicklungsaktivitäten befördern

Zentrales Ziel dieses Arbeitspaketes ist die Sicherstellung der laufenden Arbeits- bzw. Handlungsfähigkeit des Regionalmanagements und der einzusetzenden Gremien sowie die Koordination regionaler Entwicklungsprozesse im Bereich Wasserstoffwirtschaft.

Inhalte, die dazu gehören, sind insbesondere die

- Sicherstellung der organisatorischen Grundlagen des Regionalmanagements
- Koordination der regionalen Abstimmungsprozesse
- Fortführung der Netzwerk- und Gremienarbeit
- Organisation der Informations- und Kommunikationsstrukturen
- Aufbereitung strategischer Entscheidungsgrundlagen
- Sicherstellung der operativen Steuerung des Regionalmanagements
- Unterstützung des Projektträgers bei der richtlinienkonformen administrativen Abwicklung des Projektes
- laufende Kommunikations- und Öffentlichkeitsarbeit

Erwartete Ergebnisse sind hier insbesondere:

- Sicherstellung der Arbeits- und Handlungsfähigkeit des Regionalmanagements
- Verstetigung und Weiterentwicklung der Netzwerkstrukturen
- Verbesserung regionaler Koordinierungs- und Abstimmungsprozesse
- Stärkung der Sichtbarkeit der Region
- belastbare strategische Entscheidungsgrundlagen

3.2 Arbeitspaket 2: Initiierung und Begleitung von Innovationsaktivitäten

Ziel dieses Arbeitspaketes ist die Unterstützung regionaler Innovations-, Investitions- und Transformationsprozesse im Bereich Wasserstoffwirtschaft.

Die Erfahrungen der bisherigen Projektlaufzeit zeigen, dass sich zahlreiche Wasserstoffprojekte weiterhin in frühen Entwicklungsphasen befinden. Vor diesem Hintergrund gewinnt insbesondere die strukturierende und koordinierende Unterstützung von Projektentwicklungen an Bedeutung.

Die inhaltlichen Schwerpunkte des Regionalmanagements orientieren sich an den bisherigen Arbeitspaketen und werden vor dem Hintergrund der gemachten Erfahrungen weiterentwickelt:

a) Wasserstoffinfrastruktur und Netzentwicklung

- Koordination regionaler Abstimmungsprozesse zwischen Landkreisen, Kommunen und Netzbetreibern
- Analyse von Anschlussmöglichkeiten an das Wasserstoffkernnetz
- Bewertung von Zeithorizonten und infrastrukturellen Rahmenbedingungen
- Einordnung überregionaler Netzentwicklungen in den regionalen Kontext
- Bündelung regionaler Bedarfe
- Unterstützung regionaler Abstimmungsprozesse

b) Industrielle Wasserstoffanwendungen und Transformation der Wirtschaft

- Systematische Erfassung von Bedarfen und Herausforderungen regionaler Unternehmen.
- Erhebung und Bündelung von Nachfragebedarfen
- Entwicklung und Bewertung von Anwendungsfällen (Use Cases)
- Unterstützung bei der Initiierung kooperativer Projektansätze
- Vernetzung potenzieller Anbieter- und Nachfragestrukturen

c) Dezentrale Wasserstofferzeugung und Systemintegration

- Identifikation geeigneter Standorte für Elektrolysekapazitäten

- Abstimmung mit Kommunen und Netzbetreibern
- Bewertung netzdienlicher und systemischer Effekte
- Einbindung in regionale Energie- und Versorgungskonzepte
- Unterstützung regionaler Projektentwicklungen

d) Großinfrastrukturen und systemrelevante Projekte

- Analyse und Einordnung großer Infrastrukturvorhaben
- Bewertung regionaler Wertschöpfungspotenziale
- Koordination regionaler Interessen gegenüber Projektträgern
- Einordnung in nationale und internationale Entwicklungen

e) Fördermittel, Finanzierung und Rahmenbedingungen

- Laufende Analyse und Aufbereitung relevanter Förderprogramme
- Unterstützung bei der Strukturierung förderfähiger Projektansätze
- Abstimmung mit Fördermittelgebern und politischen Akteuren
- Vorbereitung der Region auf zukünftige Förderkulissen
- Einordnung regulatorischer Rahmenbedingungen

g) Einbindung des NetZero-Valley-Ansatzes

- Übertragbare Nutzung von Analysen und Instrumenten für die Gesamtregion
- Sicherstellung der Anschlussfähigkeit strategischer Projekte
- Einordnung regionaler Entwicklungsperspektiven
- Abstimmung mit relevanten regionalen Akteuren

Erwartete Ergebnisse sind

- Verbesserung der Voraussetzungen für zukünftige Investitionsvorhaben
- Unterstützung regionaler Transformationsprozesse
- bessere Einordnung infrastruktureller Entwicklungen
- stärkere Vernetzung regionaler Akteure
- Identifikation regionaler Potenziale und Entwicklungspfade
- Verbesserung regionaler Entscheidungsgrundlagen
- sowie die Vorbereitung zukünftiger Innovations- und Infrastrukturprojekte

Auf Grundlage der Arbeitspakete 2 und 3 ist eine Vision und ein strategisches Zielbild „Wasserstoffwirtschaft Nordostniedersachsen 2035“ zum Projektabschluss zu entwickeln.

3.3 Arbeitspaket 3: Förderung der Netzwerk- und Konsensbildung

Zielsetzung dieses Arbeitspakets ist die weitere Profilierung Nordostniedersachsens als Wasserstoffregion sowie die Förderung der regionalen und überregionalen Kooperationen.

Dabei kann auf die bereits vorliegenden Ergebnisse des Vorgängerprojektes aufgesetzt werden, die weiter ausgebaut und inhaltlich gefestigt werden sollen. Der weitere Ausbau des Netzwerkes sowie das Ansprechen und Gewinnen von zusätzlichen kommunalen Mandatsträgern und Multiplikatoren wird als wichtiger Baustein gesehen, um regionale Entwicklungsprojekte auch in Zukunft erfolgreich umsetzen zu können.

a) Netzwerk-, Austausch- und Veranstaltungsformate

Das Regionalmanagement organisiert gemeinsam mit der Projektstelle der Innovationsagentur Nordostniedersachsen INNO.NON GmbH Netzwerk-, Austausch- und Veranstaltungsformate. Hierzu zählen insbesondere:

- H2.N.O.N-Wasserstofftage (in Form einer Regionalveranstaltung 2027 und eines Wasserstoff-Dinners 2027 jährlich im Wechsel)
- parlamentarische Formate (3 x H2.N.O.N-Hauptstadt-Frühstück jährlich bevorzugt in Q 1)
- Fachveranstaltungen
- Workshops
- regionale Akteursveranstaltungen auf Landkreisebene
- thematische Arbeitsgruppen
- Online-Formate

b) Innovations- und Technologiethemen

- Vernetzung regionaler Unternehmen und Forschungseinrichtungen
- Unterstützung bei Pilot- und Demonstrationsvorhaben
- Unterstützung von Start-up-Aktivitäten und Pilotprojekten
- Einbindung in nationale und internationale Innovationsnetzwerke
- Technologiemonitoring
- Einordnung technologischer Entwicklungen

c) Netzwerk, Kommunikation und Interessenvertretung

- Aufbau und Pflege eines regionalen Akteursnetzwerks
- Aufbau der Zusammenarbeit mit weiteren Wasserstoffregionen und Netzwerken
- Kommunikation zentraler Entwicklungen und Ergebnisse
- Vertretung regionaler Interessen auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene

- Weiterentwicklung der internationalen Vernetzung der Region

e) Einbindung in den Bund der Wasserstoffregionen

- Fachliche Unterstützung der Mandatsträger bei der Entwicklung eigener Positionen im Zusammenhang mit der Region Nordostniedersachsen

Erwartete Ergebnisse sind hier insbesondere:

- Verstetigung und Ausbau regionaler Netzwerkstrukturen,
- stärkere Sichtbarkeit der Region,
- verbesserte Kooperation regionaler und überregionaler Akteure,
- stärkere Einbindung in nationale und internationale Entwicklungen,
- sowie verbesserte Informations- und Abstimmungsstrukturen.

3.4 Arbeitspaket 4: Fachkräftepotenziale identifizieren und heben

Ziel dieses Arbeitspaketes ist die Unterstützung der langfristigen Fachkräftesicherung im Kontext der Energietransformation und der Wasserstoffwirtschaft.

Die Erfahrungen der bisherigen Projektlaufzeit zeigen, dass konkrete wasserstoffbezogene Fachkräftebedarfe bislang vielfach noch in frühen Entwicklungsstadien liegen. Gleichzeitig besteht die Notwendigkeit, frühzeitig Fachkräftepotenziale für zukünftige Entwicklungen zu erschließen.

Inhaltlich umfasst das insbesondere

- Monitoring zukünftiger Fachkräftebedarfe
- Nachwuchs- und Sensibilisierungsformate
- Vernetzung mit Bildungs- und Qualifizierungsakteuren
- Anschlussfähigkeit an die Regional Skills Partnership des NetZero Valley

Erwartete Ergebnisse sind hier im Wesentlichen:

- Verbesserung der Transparenz über zukünftige Qualifizierungsbedarfe
- frühzeitige Sensibilisierung potenzieller Nachwuchskräfte
- stärkere Vernetzung von Bildungs- und Wirtschaftsakteuren
- langfristige Unterstützung regionaler Fachkräftepotenziale
- Sicherstellung der Anschlussfähigkeit zu fachkräftebezogenen Aktivitäten im Rahmen der Regional Skills Partnership

3.5 Ergänzende Angaben

Weitere bislang nicht absehbare Aufgaben und Inhalte können bei allen vier Arbeitspaketen im Zuge des Projektverlaufs noch hinzukommen.

Trotz oder wegen der Komplexität des Themas und angesichts der dafür relativ begrenzten Projektlaufzeit ist uns sehr daran gelegen, möglichst schnell vorzeigbare Ergebnisse zu erzielen und nachhaltig Impulse für die Profilierung der Wasserstoffregion Nordostniedersachsen zu geben. Deshalb wird die Detailplanung der Arbeitsinhalte auf der einen Seite von den Kompetenzen, Kontakten und Initiativen des auszuwählenden Dienstleisters abhängen und auf der anderen Seite vom Engagement und der konkreten Mitwirkungsbereitschaft der unterschiedlichen regionalen Akteure. Das Zusammenspiel bildet die Erfolgsgrundlage!

Vor diesem Hintergrund haben wir die Ziele, Inhalte und erwarteten Ergebnisse bisher „nur“ in den Eckpunkten formuliert. Die detaillierte Ausgestaltung muss dem Prozess vorbehalten bleiben. Etwa bezogen auf die Ergebnisse des europaweiten Vergabeverfahrens. Die Bieter sind hier gefordert, ein konkretes Konzept zur Umsetzung vorzulegen. Die Auswahl des leistungsfähigsten Bieters erfolgt neben wirtschaftlichen Kriterien gerade auch auf Basis eines sehr konkreten Umsetzungskonzeptes.

Gerade in Anbetracht der aktuellen wirtschaftlichen Lage ergibt sich zusätzlich die Notwendigkeit zur „Flexibilität im Detail“. Wir gehen davon aus, dass bis zum geplanten Projektstart die wirtschaftliche Lage weiterhin angespannt bleibt und es offen bleibt, welche der regionalen Akteure dann entsprechend handlungsfähig und -willig sind. Das darf den Projekterfolg aber nicht in Frage stellen!

Zentrale Maßnahmen zu Projektbeginn werden dementsprechend darin bestehen, dass das Regionalmanagement mit dem von ihm vorgeschlagenen Arbeitsprogramm in den Landkreisen vorgestellt wird und im Zuge dessen mitwirkungsinteressierte und -willige Akteure für die Kompetenzgruppe identifiziert (bzw. verifiziert) werden. Diese „Roadshow“ ist entsprechend sorgfältig vorzubereiten und in Abstimmung mit dem Kernteam umzusetzen. Es schließen sich bei Bedarf Vertiefungsgespräche mit potenziellen Schlüsselakteuren an. Darauf aufbauend werden die „kurz- bis mittelfristig“ umsetzbar erscheinenden Projekt-/Handlungsansätze fixiert und ggf. die Gremienstruktur bzw. Zusammensetzung entsprechend angepasst.

Parallel dazu läuft das Arbeitspaket 3 an mit den dort beschriebenen Inhalten, u. a. der Kontaktaufnahme zu Norddeutschen Wasserstoffstrategie (s. u.). Gemeinsam mit den Kompetenzgruppen wird dann die Projektentwicklung vorangetrieben.

Ein erster Schritt zur Verstetigung wird mit der Einrichtung einer internen Projektstelle bei der Innovationsagentur Nordostniedersachsen INNO.NON GmbH vollzogen. Im Verlauf der Projektlaufzeit sind Konzepte für die organisatorische und inhaltliche Fortführung der Aufgaben über den Förderzeitraum hinaus zu entwickeln. Ziel ist es, tragfähige Strukturen zu schaffen, die geeignet sind, eine nachhaltige Weiterführung der regionalen Wasserstoffaktivitäten zu gewährleisten.

3.6 Vertragsbeginn und Vertragszeitraum

Der Vertragszeitraum zur Leistungserbringung beginnt nach Erhalt des Bewilligungsbescheides oder der Ausnahmegenehmigung vom Verbot des vorzeitigen Maßnahmebeginns, frühestens jedoch am 01. September 2026 und endet nach max. 36 Monaten, spätestens jedoch am 31. August 2029.

Die Beauftragung erfolgt unter der aufschiebenden Bedingung eines positiven Bewilligungsbescheides durch die NBank.

Führt der Auftragnehmer vor Erlass eines solchen Bescheides – nach vorheriger Freigabe durch den Auftraggeber - Leistungen aus (z.B. auf Basis eines vorzeitigen Maßnahmenbeginns), hat der Auftraggeber die insoweit erbrachten Leistungen auf Nachweis zu erstatten. Dies gilt auch dann, wenn der Bewilligungsbescheid negativ ausfallen sollte. Erstattet werden dann nur solche Leistungen, die nach der Richtlinie zuschussfähig gewesen wären.

3.7 Allgemeine Hinweise

3.7.1 Präsenz/Termine

Der Regionalmanager (Auftragnehmer) hat sicherzustellen, dass er für den Auftraggeber während der gängigen Arbeitszeiten erreichbar ist. Ein bedarfsgerechtes Erscheinen des Regionalmanagers in der Region ist sicherzustellen. Der Regionalmanager hat diese Abstimmungstermine sowie Vororttermine in der gesamten Region wahrzunehmen.

3.7.2 Berichte des Auftragnehmers

Der Auftragnehmer führt den vertragsrelevanten Schriftverkehr mit dem Auftraggeber. Er erstellt projektbezogene Organigramme. In enger Zusammenarbeit mit der internen Projektstelle fertigt er jährlich einen Tätigkeitsbericht an und informiert den Auftraggeber regelmäßig über den Stand der Arbeiten. Am Ende des Bearbeitungszeitraums erstellt der Auftragnehmer zudem eine Abschlussdokumentation bzw. einen Endbericht, ebenfalls in Kooperation mit der internen Projektstelle.

3.7.3 Verpflichtungserklärung gem. Verpflichtungsgesetz § 1 vom 2. März 1974

Der Auftragnehmer und seine mit der Leistung befassten Mitarbeiter werden mit der Auftragsvergabe gemäß § 1 Verpflichtungsgesetz verpflichtet. Der Einsatz anderer Mitarbeiter als der besonders Verpflichteten, darf nur nach deren Verpflichtung erfolgen.

4 Honorarermittlung

Die Abrechnung der personenbezogenen Leistungen erfolgt nach tatsächlichem Zeitaufwand auf Basis eines einheitlichen Stundensatzes für alle Projektmitarbeiter (vgl. Datei „i REM-Wasserstoffwirtschaft VgV Angebotspreis“). In diesen Stundensätzen sind sämtliche personenbezogenen Kosten einschl. Büro- und IT-Ausstattung, Reise- und Fahrtkosten sowie sonstige projektbezogene Aufwendungen vollständig zu berücksichtigen. Die personenbezogene Abrechnung erfolgt zweimonatlich; die Leistungszeiten werden dabei im Viertelstundentakt abgerechnet.

Alle Aufwendungen für Sachmittel und Dienstleistungen, die für Öffentlichkeitsarbeit wie Online-Veranstaltungen, Podcasts, Flyer etc. oder vergleichbare projektbezogene Maßnahmen anfallen, sind mit dem vereinbarten Honorar abgegolten und erfolgen in kontinuierlicher Abstimmung mit der Projektstelle der Innovationsagentur Nordostniedersachsen INNO.NON GmbH.

Der Auftragnehmer wirkt darauf hin, eine kontinuierliche und wirksame Öffentlichkeitsarbeit sicherzustellen und dabei die klassischen Instrumente des Marketings sachgerecht einzusetzen.

Leistungen für Veranstaltungen werden gemäß Punkt 1.5.5 vergütet.

Der Auftraggeber strebt an, die zur Verfügung stehenden Mittel (bei einer Laufzeit von 36 Monaten pro Projektjahr ca. 220.000 brutto) vollumfänglich auszuschöpfen.

Der Bieter kann bei entsprechender Verfügbarkeit und vorheriger Anmeldung für Besprechungen Räumlichkeiten der beteiligten Kommunen nutzen.

5 Angebotswertung

Die maßgebenden Auftragskriterien für die Angebotswertung (siehe auch Aufforderung zur Erstangebotsabgabe / Verhandlung) sind:

☒ **Stundensatz des Projektteams (€/h)**

45

☒ **Schriftliche Ausführungen zur konzeptionellen Herangehensweise an die Aufgabenstellung**

55

(Herangehensweise an die zu erbringenden Aufgaben, Arbeitsschwerpunkte und insbesondere projektspezifische Besonderheiten/besondere Herausforderungen) **und schriftliche Ausführungen zur projektspezifischen Organisation des Projektteams im Erstangebot** (Organigramm, Verfügbarkeit des Personals)

Die Ausführungen sollen auf maximal 10 Textseiten (exkl. Abbildungen) beschränkt werden.

Der Zuschlag erfolgt auf das Angebot, welches unter Berücksichtigung vorstehend genannter Kriterien und Wichtungen insgesamt die höchste Bewertung erreicht. Zur Bewertung der Auftragskriterien sind mit dem Angebot folgende Angaben zu machen:

1) Kriterium „Preis“:

Die Honorarermittlung ist nachvollziehbar darzustellen und die Angebotspreise sind gemäß den beigefügten Vordrucken (Datei „i REM-Wasserstoffwirtschaft VgV Angebotspreis“) aufzugliedern.

2) Kriterium „Qualität“:

Schriftliche Ausführungen zur konzeptionellen Herangehensweise an die projektspezifische Bearbeitung und zur projektspezifischen Organisation des Projektteams

Erforderlich ist eine schriftliche Darstellung zur projektspezifischen Bearbeitung, hierbei werden insbesondere Aussagen zur Herangehensweise an die zu erbringenden Aufgaben, Arbeitsschwerpunkte und insbesondere projektspezifische Besonderheiten/besondere Herausforderungen erwartet.

Es ist ein kombinierter Personaleinsatz- und Terminplan mit namentlicher Benennung der Personen, die die Leistung tatsächlich erbringen und deren zeitliche Einordnung im Gesamtablauf nach den vom Auftraggeber vorgegebenen Daten zu Vertragsbeginn, Vertragszeitraum und den Zwischenterminen aufzustellen und beizufügen.

Des Weiteren ist ein Organigramm mit der Benennung der vorgesehenen Mitarbeiter und deren Position im Projektteam und ihre zu erbringenden Leistungsbereiche beizufügen.

Ferner ist die Verfügbarkeit der vorgesehenen Projektbearbeiter z. B. für Besprechungen vor Ort im Detail darzustellen.

Die Ausführungen sollen auf maximal 10 Textseiten (exkl. Abbildungen) beschränkt werden.

Mit Abgabe des Angebotes hat der Bieter die vorstehend aufgeführten Angaben vorzulegen. Der Inhalt des Angebotes wird unter Berücksichtigung dieser Angaben sowie des Ergebnisses des Verhandlungsgesprächs zu oben angegebenen und angekreuzten Wertungskriterien mit jeweils einer vollen Punktzahl von 0 bis 5 Punkten bewertet (siehe auch Aufforderung zur

Verhandlung/Angebotsabgabe). Die Bewertung der Unterkriterien zu dem Kriterium „Qualität“ erfolgt nach folgendem Punktesystem:

- 5 Punkte erhält der Bieter, der alle wesentlichen Gesichtspunkte der Aufgabenstellung in vollem Umfang erkennt und die Bewältigung der Problemstellungen in vollem Umfang erwarten lässt.
- 4 Punkte erhält der Bieter, der die wesentlichen Gesichtspunkte der Aufgabenstellung in nahezu vollem Umfang erkennt und Bewältigung der Problemstellungen in nahezu vollem Umfang erwarten lässt.
- 3 Punkte erhält der Bieter, der die wesentlichen Gesichtspunkte der Aufgabenstellung in überwiegendem Umfang erkennt und die Bewältigung der Problemstellungen in überwiegendem Umfang erwarten lässt.
- 2 Punkte erhält der Bieter, der die wesentlichen Gesichtspunkte der Aufgabenstellung in nicht überwiegendem Umfang erkennt und die Bewältigung der Problemstellungen in geringem Umfang erwarten lässt.
- 1 Punkt erhält der Bieter, der die wesentlichen Gesichtspunkte der Aufgabenstellung in geringem Umfang erkennt und die Bewältigung der Problemstellungen nur in sehr geringem Umfang erwarten lässt.
- 0 Punkte erhält der Bieter, der die wesentlichen Gesichtspunkte der Aufgabenstellung nicht erkennt und die Bewältigung der Problemstellungen nicht erwarten lässt

Für die Angebotswertung des Preises (in €) wird der Stundensatz des Projektteams (in €/h) gewertet:

Der Stundensatz des Projektteam (in €/h) wird wie folgt in eine Punkteskala von 0 bis 5 Punkten normiert:

- 5 Punkte erhält das Angebot mit dem niedrigsten Preis.
- 0 Punkte erhält ein fiktives Angebot mit dem 2,0-fachen des niedrigsten Preises. Alle Angebote mit darüber liegenden Preisen erhalten ebenfalls 0 Punkte.

Die Punktermittlung für die dazwischenliegenden Preise erfolgt über eine lineare Interpolation mit bis zu drei Stellen nach dem Komma (siehe auch Aufforderung zur Erstangebotsabgabe / Verhandlung).

Der Auftraggeber wird die Bieter zu einem Präsentations- bzw. Verhandlungsgespräch einladen. Die Gespräche finden voraussichtlich in am **10.08.2026 – 12.08.2026** statt. Sie werden gebeten, sich diese Termine vorzumerken. Eine Einladung zu dem Termin erhalten Sie separat rechtzeitig vor dem Termin.

6 Personelle Änderungen des Projektteams

Sollte sich die personelle Zusammensetzung des Bieters seit dem Teilnahmewettbewerb geändert haben, sind die persönlichen Referenzen für vergleichbare Leistungen sowie die beruflichen Qualifizierungsnachweise der jeweiligen Mitarbeiter beizufügen.

Bei den persönlichen Referenzen sind vergleichbare Leistungen (seit 2021) zumindest mit Projektbezeichnung und -kurzbeschreibung, Leistungszeitraum, Ansprechpartner und genauer Leistungsdefinition des jeweiligen Mitarbeiters anzugeben.

Etwaige personelle Änderungen im Vergleich zum Teilnahmeantrag sind detailliert zu begründen.

7 Aufbau und Inhalt des einzureichenden Erstangebotes

Die Angebotsabgabe muss elektronisch über das Portal der Deutschen eVergabe (https://www.deutsche-evergabe.de/Dashboards/Dashboard_OFF) erfolgen. Über das vorgenannte Vergabeportal kann das Angebot elektronisch in Textform nach § 126b des Bürgerlichen Gesetzbuches übermittelt werden (§ 53 I VgV). Eine digitale Signatur ist für die Angebotsabgabe nicht erforderlich. Bitte beachten Sie bei der Angebotsabgabe die Anweisungen und Hinweise im Angebotsassistenten. Anlagen zu Ihrem Angebot (z. B. die geforderten Eignungsunterlagen) können Sie als „Eigene Anlage“ zu Ihrem elektronischen Angebot im Angebotsassistenten hochladen.

Bei Fragen zur elektronischen Angebotsabgabe wenden Sie sich gerne an die Zentrale Vergabestelle (04791/930-1290).

Mögliche Bieteranfragen zum Vergabeverfahren sind ausschließlich in deutscher Sprache über den Nachrichtenversand im Angebotsassistenten der Deutschen eVergabe (https://www.deutscheevergabe.de/Dashboards/Dashboard_off) an die Zentrale Vergabestelle zu stellen.

Die Antworten auf Bieterfragen werden allen registrierten Unternehmen über das Fragen- und Antwortenforum der Deutschen eVergabe (https://www.deutscheevergabe.de/Dashboards/Dashboard_off) bereitgestellt.

Änderungen oder Ergänzungen an den Vergabeunterlagen werden ebenfalls über das Portal der Deutschen eVergabe mitgeteilt.

Alle Informationen (Fragen, Antworten, Änderungen oder Ergänzungen) die über das Portal der Deutschen eVergabe bereitgestellt werden, sind für das Vergabeverfahren und die zu erbringenden Leistungen bindend.

Sofern die Vergabeunterlagen ohne vorherige Registrierung (Anmeldung) heruntergeladen wurden, erhält das Unternehmen keine E-Mailbenachrichtigung über Änderungen und Antworten auf Bieterfragen. Das Unternehmen ist dann in der Pflicht, sich selbstständig über Änderungen und Antworten auf Bieterfragen auf dem Vergabeportal zu informieren (Holschuld). Vor diesem Hintergrund wird eine vorherige Registrierung (Anmeldung) auf dem Vergabeportal ausdrücklich empfohlen.

Es obliegt den Unternehmen, evtl. auftretende Störungen des Vergabeportals (https://www.deutscheevergabe.de/Dashboards/Dashboard_off) unverzüglich der ausschreibenden Stelle für Rückfragen zu melden.

Die Angabe der zur Vertretung des Bieters berechtigten natürlichen Person (Geschäftsführer oder sonstiger Bevollmächtigter) ist zwingend erforderlich. Es ist nicht notwendig, die auszufüllenden Dokumente zu unterschreiben und mit einem Stempel zu versehen. Stattdessen geben Sie bitte Vorname und Nachname des bevollmächtigten Vertreters in Druckbuchstaben an.

Die Unterlagen a. – j. sind im Originalformat (Word bzw. Excel) einzureichen. Die vom Bieter zu erstellenden Unterlagen k. – m. sind vorzugsweise im PDF-Format einzureichen. Bei der Verwendung einzelner Dateien sind diese entsprechend der nachstehenden Reihenfolge zu

nummerieren. Bei der Verwendung einer Gesamtdatei (nur k. – m.) ist ein digitales Inhaltsverzeichnis mit Lesezeichen zu erstellen.

Um die Vergleichbarkeit der Angebote zu gewährleisten, wird folgende Gliederung vorgegeben:

Ausgefüllte Dokumente

(Es sind die dem Bieter zur Verfügung gestellten Unterlagen zu verwenden.):

- a. Angebotsschreiben
- b. Vordruck Erklärung Bieter-/Arbeitsgemeinschaft
- c. Liste der Projektverantwortlichen des AN
- d. Verzeichnis Unterauftragnehmer
- e. Verpflichtungserklärung Unterauftragnehmer
- f. Angaben zu Ausschlusskriterien des Unterauftragnehmers
- g. Verzeichnis der Leistungen anderer Unternehmer (Eignungsleihe)
- h. Vertrag
- i. Tariftreueerklärung

Unternehmensdokumente

- j. Honorarermittlung
- k. Schriftliche Ausführungen zur projektspezifischen Bearbeitung und zur projektspezifischen Organisation des Projektteams (siehe Kapitel 5 der Aufgaben- und Leistungsbeschreibung)
- l. Ggf. persönliche Referenzen für vergleichbare Leistungen sowie die beruflichen Qualifizierungsnachweise der Projektbearbeiter (nur erforderlich, falls sich die personelle Zusammensetzung des Bieters seit dem Teilnahmewettbewerb geändert hat – siehe Kapitel 6 der Aufgaben- und Leistungsbeschreibung)

8 Anlagen

- Region Lüneburg - Regionalwirtschaftliche Analyse
- Wasserstoff-Ökosystem (Stand: 05/2026)

Projekt: Regionalmanagement Nordostniedersachsen
– Wasserstoffwirtschaft –

Vertrag

Zwischen

Innovationsagentur Nordostniedersachsen INNO.NON GmbH

vertreten durch den Geschäftsführer Herrn Thomas Knaack

Bäckerstrasse 6

21244 Buchholz i.d.N.

- nachstehend **Auftraggeber** genannt –

und

- nachstehend **Auftragnehmer** genannt –

wird folgender Vertrag geschlossen:

§ 1 Gegenstand des Vertrages

Fortführung und konsolidierte Weiterentwicklung des Regionalmanagements für die elf Landkreise im ehemaligen Regierungsbezirk Lüneburg mit einer Fokussierung auf das Thema Wasserstoff gemeinsam mit der Projektstelle der Innovationsagentur Nordostniedersachsen INNO.NON GmbH

- Arbeitspaket 1: Regionale Entwicklungsaktivitäten befördern
- Arbeitspaket 2: Initiierung und Begleitung der Innovationsaktivitäten
- Arbeitspaket 3: Förderung der Netzwerk- und Konsensbildung
- Arbeitspaket 4: Fachkräftepotential identifizieren und heben

Des Weiteren soll eine Vision für eine Wasserstoffwirtschaft 2035 in Nordostniedersachsen aus den Ergebnissen der Arbeitspakete zu entwickeln.

§ 2 Bestandteile des Vertrages

Bestandteile des Vertrages sind die folgenden Unterlagen:

Abschnitt		Bezeichnung
I		Leistung / Honorar
I.1	<input checked="" type="checkbox"/>	Aufgaben- und Leistungsbeschreibung
I.2	<input checked="" type="checkbox"/>	Angebot vom
I.3	<input checked="" type="checkbox"/>	Honorarübersicht
II		Vertragsbedingungen
II.1	<input checked="" type="checkbox"/>	Allgemeine Vertragsbedingungen (AVB)
II.2	<input checked="" type="checkbox"/>	Zusätzliche Vertragsbedingungen (ZVB)
III		Weitere Vertragsbestandteile
III.1	<input checked="" type="checkbox"/>	EU-Verzeichnis der Leistungen anderer Unternehmer
III.2	<input checked="" type="checkbox"/>	Verpflichtungserklärung Unterauftragnehmer
III.3	<input checked="" type="checkbox"/>	Verzeichnis der anderen Unternehmen (Eignungsleihe)
III.4	<input checked="" type="checkbox"/>	Verpflichtungserklärung Eignungsleihe
III.5	<input checked="" type="checkbox"/>	Erklärung Bieter-/Arbeitsgemeinschaft
III.6	<input checked="" type="checkbox"/>	Liste der Projektverantwortlichen des AN
III.7	<input checked="" type="checkbox"/>	Erklärung Tariftreue- und Vergabegesetz (NTVergG)
III.8	<input type="checkbox"/>	

§ 3 Leistungen des Regionalmanagements

- Die in der Leistungs- und Aufgabenbeschreibung beschriebenen Leistungen (Anlage 1 des Vertrages)
- Unterlagen (z.B. Berichte) sind dem Auftraggeber zu übergeben
 - in analoger Form bis zu 5-facher Ausfertigung, kopier-/pausfähig und farbig
 - in digitaler Form
- Die Leistungen umfassen die erforderlichen Abstimmungs- und Arbeitsgespräche.

§ 4 Leistungen des Auftraggebers und fachlich Beteiligter

Folgende Leistungen werden vom Auftraggeber erbracht und sind vom Auftragnehmer mit seinen Leistungen abzustimmen und in diese einzuarbeiten:

Beispielhaft – die detaillierte Abstimmung der Aufgabenteilung erfolgt nach dem Teilnahmewettbewerb

- Koordination regionaler Abstimmungsprozesse — Steuerung von Beteiligungs-, Entscheidungs- und Priorisierungsprozessen sowie Sicherstellung der Anschlussfähigkeit zwischen allen relevanten Akteuren
- Bündelung und Priorisierung regionaler Bedarfe — Erhebung, Bewertung und Priorisierung von Bedarfen, Anschlussoptionen und Anwendungsfällen in Abstimmung mit Kommunen, Unternehmen und Gebietskörperschaften
- Schnittstellen- und Netzwerkmanagement — Kontinuierliche Zusammenarbeit mit Netzbetreibern, Kommunen, Forschung, Innovationsträgern und regionalen Akteuren; Aufbau und Pflege eines belastbaren Netzwerks
- Strategische Einordnung und Programmastimmung — Einordnung in regionale Entwicklungsstrategien sowie Priorisierung relevanter Förderprogramme und -ansätze
- Organisation von Austausch- und Beteiligungsformaten — Planung und Durchführung von Workshops, Gremienarbeit, Austauschprozessen und regionalen Dialogformaten
- Gesamtprozesssteuerung und Ergebnissicherung — Übertragung relevanter Ansätze auf die Region, Bewertung und Priorisierung der Ergebnisse sowie Abstimmung mit politischen Gremien

§ 5 Termine und Fristen

Der Vertragszeitraum zur Leistungserbringung beginnt nach Erhalt des Bewilligungsbescheids oder der Ausnahmegenehmigung vom Verbot des vorzeitigen Maßnahmebeginns, frühestens jedoch am 01. September 2026 und endet nach max. 36 Monaten, spätestens jedoch am 31. August 2029.

Die Beauftragung erfolgt unter der aufschiebenden Bedingung eines positiven Bewilligungsbescheides durch die NBank.

Führt der Auftragnehmer vor Erlass eines solchen Bescheides – nach vorheriger Absprache mit dem Auftraggeber - Leistungen aus (z.B. auf Basis eines vorzeitigen Maßnahmenbeginns), hat der Auftraggeber die insoweit erbrachten Leistungen auf Nachweis zu erstatten. Dies gilt auch dann, wenn der Bewilligungsbescheid negativ ausfallen sollte. Erstattet werden dann nur solche Leistungen, die nach der Richtlinie zuschussfähig gewesen wären.

§ 6 Haftpflichtversicherung des Auftragnehmers

Es ist ein Nachweis darüber zu erbringen, dass eine Haftpflichtversicherung mit einer Deckungssumme von

mindestens 3,0 Mio. € für Personenschäden sowie

mindestens 1,0 Mio. € für Sach- und Vermögensschäden

besteht. Die Versicherung hat ausdrücklich die Haftung für etwaig eingesetzte Subunternehmer einzuschließen und eine Nachhaftung von mindestens drei Jahren sicherzustellen. Darüber hinaus ist nachzuweisen, dass die Maximierung der Ersatzleistungen pro Versicherungsjahr mindestens das Zweifache der vereinbarten Versicherungssummen beträgt. Bei Bergwerksgemeinschaften ist der entsprechende Versicherungsnachweis für jedes Mitglied gesondert vorzulegen.

§ 7 Vergütung

1. Honorar für Leistungen nach § 3 Abs. 1; vgl. Anlage I.1

Das Honorar für das Regionalmanagement wird als Zeithonorar mit einem Höchstbetrag von **€ xxx.xxx,- brutto** pro Jahr der Projektlaufzeit frei vereinbart.

Die Abrechnung der personenbezogenen Leistungen erfolgt auf Nachweis nach tatsächlichem Zeitaufwand auf Basis eines einheitlichen Stundensatzes für alle Projektmitarbeiter in Höhe von

€ xx,xx brutto

In diesem Stundensatz sind sämtliche personenbezogenen Kosten einschl. Büro- und IT-Ausstattung, Reise- und Fahrtkosten sowie sonstige projektbezogener Aufwendungen vollständig enthalten.

Die personenbezogene Abrechnung erfolgt zweimonatlich; die Leistungszeiten werden dabei im Viertelstundentakt abgerechnet.

2. Nebenkosten

Alle Aufwendungen für Sachmittel und Dienstleistungen, die für Öffentlichkeitsarbeit oder vergleichbare projektbezogene Maßnahmen anfallen, sind mit dem vereinbarten Honorar abgegolten.

Nebenkosten werden nicht gesondert erstattet.

§ 8 Ergänzende Vereinbarungen

1. Vom Auftragnehmer werden gemäß § 2, III.6 „Liste der Projektverantwortlichen des AN“ die dort genannten Personen für die Leistungserbringung verbindlich benannt.

Möchte der Auftragnehmer Änderungen bei den genannten Personen vornehmen, so bedarf dies der schriftlichen Zustimmung des Auftraggebers. Bei einem offenen oder verdeckten Wechsel der genannten Personen ist der Auftraggeber zur außerordentlichen Kündigung berechtigt.

2. Die Maßnahme wird voraussichtlich mit Bundesmitteln im Rahmen der GRW gefördert. Ein entsprechender Antrag auf Gewährung einer Zuwendung wird von der Innovationsagentur Nordostniedersachsen INNO.NON GmbH bei der Investitions- und Förderbank des Landes Niedersachsen eingereicht und dürfte vor Auftragsvergabe positiv beschieden sein.

Sollte wider Erwarten der Fall eintreten, dass die Zuwendung der Innovationsagentur Nordostniedersachsen INNO.NON GmbH versagt wird, wird das Verfahren aufgehoben bzw. ist diese berechtigt, den Vertrag ohne

eine Einhaltung einer Frist und mit sofortiger Wirkung zu kündigen (Sonderkündigungsrecht). Ein Anspruch auf entgangenes Honorar / Entschädigung steht dem späteren Auftragnehmer nicht zu. Die Bieter dieses Vergabeverfahrens erklären sich mit der Angebotsabgabe mit dem Sonderkündigungsrecht und seinen Folgen einverstanden.

§ 9 Salvatorische Klausel

Sollte eine Bestimmung dieses Vertrages unwirksam sein, wird die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen davon nicht berührt. Die Parteien verpflichten sich, anstelle der unwirksamen Bestimmung eine dieser Bestimmung möglichst nahekommende wirksame Regelung zu treffen.

Auftraggeber

-----	-----	-----
Ort	Datum	Stempel und Unterschrift

Auftragnehmer

-----	-----	-----
Ort	Datum	bevollmächtigter Vertreter (in Druckbuchstaben)

Stempel und Unterschrift

Allgemeine Vertragsbedingungen für freiberufliche Leistungen

INHALTSVERZEICHNIS

§ 1 Leistungsumfang	3
§ 2 Geltungsreihenfolge	3
§ 3 Unterlagen	3
§ 4 Weitere Pflichten des Auftragnehmers.....	4
§ 5 Unterauftragnehmer.....	4
§ 6 Verpflichtung nach Verpflichtungsgesetz.....	5
§ 7 Zusammenarbeit zwischen Auftraggeber, Auftragnehmer und anderen fachlich Beteiligten.....	5
§ 8 Vertretung des Auftraggebers durch den Auftragnehmer	6
§ 9 Vergütung	6
§ 10 Zahlungen.....	6
§ 11 Urheberrecht	7
§ 12 Kündigung, Schadensersatz	7
§ 13 Abnahme.....	8
§ 14 Mängelansprüche und deren Verjährung	8
§ 15 Haftung.....	9
§ 16 Haftpflichtversicherung	9
§ 17 Erfüllungsort, Streitigkeiten, Gerichtsstand, Sprache.....	9
§ 18 Arbeitsgemeinschaft	10
§ 19 Schriftform	10
§ 20 Umsatzsteuer	10

§ 1 Leistungsumfang

(1) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, für das Vorhaben sämtliche erforderlichen und zweckmäßigen Aufgaben zur Herbeiführung des gemäß § 3 des Vertrages vertraglich geschuldeten Werkerfolgs auszuführen; insbesondere schuldet der Auftragnehmer die Einhaltung der Vertragsfristen gemäß § 5 des Vertrages. Glaubt sich der Auftragnehmer in der ordnungsgemäßen Ausführung der Leistung behindert, so hat er es dem Auftraggeber unverzüglich schriftlich anzuzeigen. Unterlässt er die Anzeige, so hat er nur Anspruch auf Berücksichtigung der hindernden Umstände, wenn dem Auftraggeber offenkundig die Tatsache und deren hindernde Wirkung bekannt waren.

(2) Der Auftraggeber kann nach § 650q i. V. m. § 650b BGB weitere Leistungen oder eine Änderung der Leistung anordnen, wenn die Parteien binnen 14 Tagen nach Zugang des Änderungsbegehrens beim Auftragnehmer keine Einigung darüber erzielen. Ein Anspruch des Auftragnehmers auf Übertragung von weiteren Leistungen besteht aber nicht. Soweit an den Auftragnehmer weitere Leistungen nach dieser Vorschrift beauftragt werden sollen, bedarf die Beauftragung der Schriftform.

(3) Der Auftragnehmer hat seinen Leistungen die schriftlichen Anordnungen des Auftraggebers zu Grunde zu legen und etwaige Bedenken hiergegen dem Auftraggeber unverzüglich schriftlich mitzuteilen. Verstößt der Auftragnehmer gegen diese Mitteilungspflicht, wird durch die Entgegennahme der Leistung durch den Auftraggeber die Leistung nicht als vertragsgemäß anerkannt; der Auftragnehmer schuldet ein bestimmungsgemäß brauchbares Werk.

§ 2 Geltungsreihenfolge

Bei Widersprüchen im Vertrag gelten nacheinander

1. Das Vertragsformular
2. Die Leistungsbeschreibung
3. Die Allgemeinen Vertragsbedingungen

§ 3 Unterlagen

(1) Der Auftraggeber stellt dem Auftragnehmer die im Vertrag angegebenen Unterlagen zur Verfügung. Darüber hinausgehende Planungsunterlagen hat der Auftragnehmer – ggf. mit Unterstützung des Auftraggebers – zu beschaffen und/oder Informationen über bestehende und geplante Anlagen einzuholen. Soweit das Beschaffen von Unterlagen (etwa Pläne, Daten, Pegelstände, Wasserganglinien, Vordrucke, Formulare usw.) als Nebenkosten im Sinne von § 14 HOAI vom Auftraggeber auf Nachweis erstattet werden soll (siehe auch § 7 des Vertrages), ist dies mit ihm vorher abzustimmen. Der Auftragnehmer muss die Aktualität der Unterlagen überprüfen und diese ggf. – in Abstimmung mit dem Auftraggeber – im erforderlichen Umfang aktualisieren. Die Unterlagen sind dem Auftraggeber zu überlassen.

(2) Die dem Auftragnehmer überlassenen Unterlagen sind dem Auftraggeber spätestens nach Erfüllung des Auftrages zurückzugeben; Zurückbehaltungsrechte, die nicht auf diesem Vertragsverhältnis beruhen, sind ausgeschlossen.

(3) Die vom Auftragnehmer zur Erfüllung dieses Vertrages angefertigten Unterlagen, wie z. B. Pläne oder Zeichnungen oder digitale Daten oder Datenträger, sind an den Auftraggeber auf dessen Anfordern, spätestens nach Fertigstellung der Leistung herauszugeben und gehen bereits im Zeitpunkt deren Erstellung in das Eigentum des Auftraggebers über. Die Überlassung der vorbenannten Unterlagen sowie deren Aufbewahrung zwischen Erstellung und Herausgabe an den Auftraggeber sind mit dem vertraglich geschuldeten Honorar abgegolten; ein zusätzliches Honorar wird nicht gezahlt. Ein etwaiges Zurückbehaltungsrecht kann der Auftragnehmer nur auf unstrittige oder rechtskräftig festgestellte Forderungen stützen.

§ 4 Weitere Pflichten des Auftragnehmers

(1) Der Auftragnehmer hat seine Tätigkeit gemäß den anerkannten Regeln der Technik, dem Grundsatz der Wirtschaftlichkeit und den öffentlich-rechtlichen Bestimmungen und Sicherheitsvorschriften, über die er sich stets auf dem Laufenden zu halten hat, gewissenhaft auszuüben. Soweit einschlägig, hat der Auftragnehmer die Vorgaben des Vergaberechts zu beachten. Bei Leistungen der Prüfsachverständigen sind zusätzlich die Erfordernisse der öffentlichen Sicherheit und Ordnung zu gewährleisten.

(2) Der Auftragnehmer hat dem Auftraggeber unverzüglich nach Vertragsabschluss, spätestens jedoch vor Beginn der Leistungserbringung den Namen, die Funktion und die Kontaktdaten eines Ansprechpartners mitzuteilen, der für die ordnungsgemäße Vertragsabwicklung die Verantwortung trägt.

(3) Als Sachwalter seines Auftraggebers darf der Auftragnehmer keine Unternehmer- oder Lieferanteninteressen vertreten. Der Auftragnehmer darf im Zusammenhang mit den im Vertrag bezeichneten Leistungen keine Leistungen für Dritte bzw. andere Auftraggeber im Zusammenhang mit dieser Maßnahme erbringen, es sei denn, der Auftraggeber stimmt ausdrücklich schriftlich zu. Etwaige Forderungen von Dritten, insbesondere von Trägern öffentlicher Belange, hat der Auftragnehmer unverzüglich dem Auftraggeber schriftlich mitzuteilen.

(4) Wird erkennbar, dass ein vorgegebener Kostenrahmen nicht ausreicht, so hat der Auftragnehmer den Auftraggeber über die voraussichtlichen Mehrkosten unverzüglich zu unterrichten und mögliche Einsparungen aufzuzeigen.

(5) Der Auftraggeber ist berechtigt, vom Auftragnehmer die Auswechslung eines Mitarbeiters zu verlangen, wenn das Vertrauensverhältnis aus vom Mitarbeiter zu vertretenden Gründen gestört ist. Der Auftraggeber kann darüber hinaus eine Ergänzung des Personals durch geeignete Fachleute verlangen, wenn die eingesetzten Mitarbeiter nicht in ausreichendem Maße eine rechtzeitige Planung oder einen störungsfreien Bauablauf gewährleisten.

(6) Bei Prüfsachverständigenleistungen darf sich der Auftragnehmer der Mithilfe von befähigten und zuverlässigen Mitarbeitern nur in einem solchen Umfang bedienen, wie er ihre Tätigkeit voll überwachen kann. Der Prüfsachverständige kann sich nur im Einvernehmen mit dem Auftraggeber durch einen anderen Prüfsachverständigen vertreten lassen. Sind zur ordnungsgemäßen Prüfung der eingereichten Unterlagen Spezialkenntnisse erforderlich, die der Prüfsachverständige nicht besitzt bzw. die nicht zu seiner Fachrichtung gehören, so hat der Prüfsachverständige den Auftraggeber hierauf hinzuweisen und die Hinzuziehung eines Prüfsachverständigen mit speziellen Kenntnissen bzw. der entsprechenden Fachrichtung zu beantragen.

(7) Der Auftragnehmer hat dem Auftraggeber auf Anforderung über seine Leistungen unverzüglich und ohne besondere Vergütung Auskunft zu erteilen. Dies gilt auch nach Abnahme der Leistung, unabhängig von einer etwaigen Kündigung des Vertrages oder etwaig bereits eingetretener Verjährung von Mängel- oder Zahlungsansprüchen.

§ 5 Unterauftragnehmer

(1) Der Auftragnehmer hat die ihm übertragenen Leistungen mit seinem eigenen Büro zu erbringen. Nur mit vorheriger schriftlicher Zustimmung des Auftraggebers ist eine Beauftragung von Unterauftragnehmern zulässig.

(2) Die für die Erbringung der Leistungen benannten Unterauftragnehmer müssen die erforderliche Eignung und berufliche Qualifikation nachweisen. Die erforderliche berufliche Qualifikation ist in der Regel eine abgeschlossene Fachausbildung als Dipl.-Ing. TH / FH bzw. Bachelor/Master an Universitäten oder Fachhochschulen oder eine vergleichbare Berufserfahrung auf dem Fachgebiet der zu erbringenden Teilleistungen.

(3) Entsprechen die Leistungen des Unterauftragnehmers trotz Beanstandung durch den Auftraggeber nicht den vertraglichen Anforderungen, kann der Auftraggeber seine Zustimmung zur Beauftragung widerrufen mit der Folge, dass der Auftragnehmer die Leistung des Unterauftragnehmers selbst übernehmen muss oder mit Zustimmung des Auftraggebers einen anderen Unterauftragnehmer mit der Leistung beauftragt.

§ 6 Verpflichtung nach Verpflichtungsgesetz

Der Auftragnehmer, seine mit der Ausführung der vertraglichen Leistungen befassten Mitarbeiter sowie etwaige Unterauftragnehmer (andere Unternehmen) und/oder deren Mitarbeiter müssen sich hinsichtlich der Ihnen übertragenen Leistungen auf die gewissenhafte Erfüllung ihrer Obliegenheiten gemäß § 1 des Verpflichtungsgesetzes vom 2. März 1974 (BGBl. I S. 547), geändert durch Gesetz vom 15. August 1974 (BGBl. I S. 1942) in Verbindung mit § 11 Abs. 1 Nr. 4 des Strafgesetzbuches (StGB) verpflichten lassen, wenn sie Aufgaben der öffentlichen Verwaltung wahrnehmen oder Zugang zu verwaltungsinternen Vorgängen erlangen. Wenn ein mit der Ausführung der vertraglichen Leistung befasster Mitarbeiter innerhalb der letzten drei Jahre bereits durch eine Dienststelle der gleichen Behörde verpflichtet wurde, ist der Nachweis der Verpflichtung nach dem Verpflichtungsgesetz dem Auftraggeber mit der Aufforderung zur Angebotsabgabe vorzulegen. Sollten Mitarbeiter zum Einsatz kommen, die bislang noch nicht im Sinne des Verpflichtungsgesetzes verpflichtet wurden, sind diese spätestens bei Vertragsschluss namentlich zu benennen, um die notwendigen Verpflichtungen vor Leistungsbeginn noch durch den Auftraggeber vornehmen zu können. Der Einsatz anderer Mitarbeiter als der besonders Verpflichteten darf nur nach deren Verpflichtung erfolgen. Dem Auftraggeber sind diese unverzüglich zu benennen.

§ 7 Zusammenarbeit zwischen Auftraggeber, Auftragnehmer und anderen fachlich Beteiligten

(1) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, seine Leistungen vor ihrer endgültigen Ausarbeitung mit dem Auftraggeber und den anderen fachlich Beteiligten abzustimmen und hat seine Leistungserbringung mit diesen in fachlicher, terminlicher und finanzieller Hinsicht abzustimmen, so dass die vertraglichen Vorgaben des Auftraggebers eingehalten werden. Insbesondere sind die einzelnen Arbeitsschritte mit dem Auftraggeber vor Beginn der jeweiligen Arbeiten abzustimmen. Der Auftraggeber kann bei dieser Abstimmung festlegen, welche Zwischenergebnisse ihm vorzulegen sind, bevor er die Zustimmung zu weiteren Arbeitsschritten des Auftragnehmers erteilt. Beim Einsatz von DV-Anlagen des Auftragnehmers ist vor Beginn der Auftragsbearbeitung mit dem Auftraggeber abzustimmen, welche Programme Verwendung finden sollen und in welcher Weise ein Datentransfer zur DV-Anlage des Auftraggebers erfolgen soll (z. B. Leistungsverzeichnisse, statische Berechnungen, Achseinrechnungen, CAD).

(2) Wenn während der Ausführung der Leistungen Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Auftragnehmer und anderen fachlich Beteiligten auftreten, hat der Auftragnehmer unverzüglich schriftlich die Entscheidung des Auftraggebers herbeizuführen.

(3) Dem Auftragnehmer gegenüber ist nur die vertragsschließende Stelle weisungsbefugt, sofern im Einzelfall nichts anderes vereinbart ist.

(4) Der Auftraggeber unterrichtet den Auftragnehmer rechtzeitig über die Leistungen, die andere fachlich Beteiligte zu erbringen haben, und über die mit diesen vereinbarten Terminen/Fristen.

(5) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, den anderen fachlich Beteiligten die notwendigen Angaben und Unterlagen rechtzeitig innerhalb der im Vertrag vereinbarten Termine zu liefern, so dass diese ihre Leistungen ordnungsgemäß erbringen können.

(6) Der Auftragnehmer hat den Auftraggeber unverzüglich über Umstände zu unterrichten, aus denen sich Ansprüche gegen mit der Ausführung beauftragte Unternehmen oder gegen fachlich Beteiligte bzw. gegen ihn selbst ergeben können. Der Auftragnehmer hat den Auftraggeber bei der Geltendmachung seiner Ansprüche gegen Dritte zu unterstützen; die Geltendmachung erfolgt durch den Auftraggeber.

§ 8 Vertretung des Auftraggebers durch den Auftragnehmer

- (1) Der Auftragnehmer ist zur Wahrung der Rechte und Interessen des Auftraggebers im Rahmen der ihm übertragenen Leistungen berechtigt und verpflichtet.
- (2) Den Auftraggeber bindende Erklärungen, insbesondere solche mit finanziellen Verpflichtungen, darf der Auftragnehmer nicht abgeben. Dies gilt auch für den Abschluss, die Änderung und Ergänzung von Verträgen sowie für die Vereinbarung neuer Preise.
- (3) Der Auftragnehmer darf Dritten ohne Einwilligung des Auftraggebers keine Unterlagen aushändigen und keine Auskunft geben, die sich auf seine Leistungen oder auf die Maßnahme insgesamt beziehen.

§ 9 Vergütung

- (1) Im Falle von Anordnungen nach § 650q Abs. 1 i. V. m. § 650b Abs. 2 BGB hat der Auftragnehmer die Vergütung hierfür vor Leistungsbeginn mit dem Auftraggeber schriftlich zu vereinbaren. Bei geänderten und zusätzlichen Leistungen richtet sich das Honorar nach den Ermittlungsgrundlagen der vereinbarten Leistung.
- (2) Geringfügige und unwesentliche Änderungen der Planung, deren Zeitaufwand sich im Rahmen üblicher Optimierungen hält, werden nicht zusätzlich vergütet. Gleiches gilt für eine bloße Fortschreibung der Ausgangsplanung.

§ 10 Zahlungen

- (1) Auf Anforderung des Auftragnehmers werden Abschlagszahlungen in Höhe des Wertes der vereinbarten Vergütung für die nachgewiesenen Leistungen einschließlich des nachgewiesenen, darauf entfallenden Umsatzsteuerbetrages gewährt. Ansprüche auf Abschlagszahlungen werden binnen 21 Tagen nach Zugang einer prüfbaren Aufstellung dieser Leistungen fällig.
- (2) Eine Teilschlusszahlung einschließlich Umsatzsteuer wird für in sich abgeschlossene, vertragsgemäß erbrachte Teilleistungen gewährt, wenn dies im Vertrag vereinbart ist oder eine Teilabnahme nach Abnahme der letzten Leistung des bauausführenden Unternehmers oder der bauausführenden Unternehmer (§ 650s BGB) erfolgte, die für die Berechnung des Honorars maßgebenden anrechenbaren Kosten feststehen und der Auftragnehmer eine prüfbare Rechnung eingereicht hat.
- (3) Der Anspruch auf die Teilschlusszahlung bzw. die Schlusszahlung wird alsbald nach Prüfung und Feststellung der vom Auftragnehmer vorgelegten prüfbaren Teilschlussrechnung bzw. der Honorarschlussrechnung fällig, spätestens innerhalb von 30 Kalendertagen nach Zugang dieser Rechnung. Die Prüffrist verlängert sich auf höchstens 60 Tage, wenn dies aufgrund der besonderen Natur oder Merkmale des Vertrags sachlich gerechtfertigt ist und dies von den Parteien für den konkreten Einzelfall gesondert vereinbart wurde. Die Regelung des § 641 BGB bleibt unberührt.
- (4) Eine prüffähige Rechnung muss diejenigen Angaben enthalten, die nach dem geschlossenen Vertrag und der HOAI objektiv unverzichtbar sind, um die sachliche und rechnerische Überprüfung des Honorars zu ermöglichen.
- (5) In dem Fall, dass die Rechnung nur in Teilen prüffähig ist, kann der Auftragnehmer die Zahlung eines unbestrittenen Guthabens verlangen, das unter Berücksichtigung eventueller Voraus- und Abschlagszahlungen bereits feststeht. Alle Rechnungen (einschließlich Nachweise für Nebenkosten) sind im Original mit einer Durchschrift einzureichen.
- (6) Wird nach Annahme der Schlusszahlung (Teilschlusszahlung) festgestellt, dass die Abrechnung bzw. die Grundlage der Abrechnung (z.B. Aufmaß, Rechen- oder Übertragungsfehler) fehlerhaft war, so ist sie zu berichtigen. Auftraggeber und Auftragnehmer sind verpflichtet, die sich danach ergebenden Beträge zu erstatten. Sie können sich nicht auf einen etwaigen Wegfall der Bereicherung (§ 818 Abs. 3 BGB) berufen. Leistet der Auftragnehmer bei Überzahlungen innerhalb von 14 Kalendertagen nach Zugang des Rückforderungsschreibens nicht, befindet er sich mit seiner Zahlungsverpflichtung in Verzug und hat Verzugszinsen in Höhe von 9 Prozentpunkten über dem Basiszinssatz des § 247 BGB zu zahlen.

(7) Die Verjährung einer auf eine nicht prüffähige Honorarschlussrechnung gestützten Forderung beginnt spätestens, wenn die Frist nach Abs. 3 abgelaufen ist, ohne dass der Auftraggeber substantiierte Einwendungen gegen die Prüffähigkeit vorgebracht hat. Ist die Rechnung nur teilweise prüffähig, beginnt die Verjährung der Honorarschlussrechnung grundsätzlich erst mit Überreichen einer insgesamt prüffähigen Schlussrechnung.

§ 11 Urheberrecht

(1) Der Auftraggeber darf die Unterlagen für das im Vertrag genannte Werk ohne Mitwirkung des Auftragnehmers nutzen und ändern. An den vom Auftragnehmer erbrachten urheberrechtlich geschützten Leistungen und Arbeitsergebnissen überträgt der Auftragnehmer hiermit auf den Auftraggeber das einfache alleinige Nutzungsrecht.

(2) Der Auftraggeber hat zudem das Recht, die Leistungen und Arbeitsergebnisse ganz oder in Teilen zu bearbeiten, zu vervielfältigen und zu verändern, soweit damit keine Entstellung des Werkes verbunden ist und dies dem Auftragnehmer unter Abwägung der Urheber- und Eigentümerinteressen zuzumuten ist.

(3) Der Auftraggeber wird den Auftragnehmer vor wesentlichen Änderungen eines nach dem Urheberrecht geschützten Werkes anhören. Genießen die Leistungen des AN keinen urheberrechtlichen Schutz, so kann der Auftraggeber die Planung des Auftragnehmers für das im Vertrag genannte Werk ohne Mitwirkung des Auftragnehmers nutzen und ändern.

(4) Der Auftraggeber ist berechtigt, seine Rechte nach Abs. 1 bis 3 ganz oder teilweise auf Dritte zu übertragen, von Dritten ausüben und ausführen zu lassen sowie Dritten hieran weitere Nutzungsrechte einzuräumen.

(5) Mit der vereinbarten Vergütung sind sämtliche Ansprüche des Auftragnehmers im Zusammenhang mit den nach diesem Paragraphen eingeräumten Rechten abgegolten. Der Auftragnehmer stellt den Auftraggeber von sämtlichen Vergütungsansprüchen frei, die im Zusammenhang mit den nach diesem Paragraphen übertragenen Rechten bzw. der Ausübung derselben gegen ihn geltend gemacht werden.

(6) Der Auftraggeber hat das Recht zur Veröffentlichung unter Namensangabe des Auftragnehmers. Der Auftragnehmer bedarf zur Veröffentlichung der vorherigen schriftlichen Zustimmung des Auftraggebers.

(7) Die Rechte nach diesem Paragraphen bleiben von einer Kündigung des Vertrages unberührt.

§ 12 Kündigung, Schadensersatz

(1) Ein wichtiger Grund zur Kündigung i. S. d. § 648a Abs. 1 S. 2 BGB liegt insbesondere vor, wenn der Auftragnehmer seine Zahlungen einstellt oder das Insolvenzverfahren beziehungsweise ein vergleichbares gesetzliches Verfahren beantragt oder ein solches Verfahren eröffnet wird oder dessen Eröffnung mangels Masse abgelehnt wird. Ein wichtiger Grund liegt ebenso vor, wenn der Auftragnehmer die Haftpflichtversicherung nach § 15 nicht auf Aufforderung des Auftraggebers nachweist. Darüber hinaus liegt ein wichtiger Grund vor, wenn der Auftragnehmer oder seine Mitarbeiter

a) aus Anlass der Vergabe nachweislich eine Abrede getroffen hat, die eine unzulässige Wettbewerbsbeschränkung darstellt.

b) dem Auftraggeber oder dessen Mitarbeitern oder von diesem beauftragten Dritten, die mit der Vorbereitung, dem Abschluss oder der Durchführung des Vertrags betraut sind, oder ihnen nahestehenden Personen, Geschenke, andere Zuwendungen oder sonstige Vorteile unmittelbar oder mittelbar in Aussicht stellt, anbietet, verspricht oder gewährt.

c) gegenüber dem Auftraggeber, dessen Mitarbeitern oder beauftragten Dritten strafbare Handlungen begeht oder dazu Beihilfe leistet, die unter § 298 StGB (Wettbewerbsbeschränkende Absprachen bei Ausschreibungen), § 299 StGB (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr), § 333 StGB (Vorteilsgewährung), § 334 StGB (Bestechung), § 17 UWG (Verrat von Geschäfts- und Betriebsgeheimnissen) oder § 18 UWG (Verwertung von Vorlagen) fallen.

(2) Wenn der Auftragnehmer nachweislich Handlungen gem. Absatz 1 a) vorgenommen hat, ist er dem Auftraggeber zu einem pauschalen Schadensersatz in Höhe von 15 % der Abrechnungssumme verpflichtet, es sei denn ein Schaden in anderer Höhe wird nachgewiesen. Dies gilt auch, wenn der Vertrag gekündigt oder bereits erfüllt ist. Bei nachgewiesenen Handlungen gem. Absatz 1 b) und c) ist der Auftragnehmer zur Zahlung einer Vertragsstrafe in Höhe 5 % der Abrechnungssumme verpflichtet.

(3) Hat der Auftragnehmer den Kündigungsgrund zu vertreten, so sind nur die bis dahin vertragsgemäß erbrachten, in sich abgeschlossenen und nachgewiesenen Leistungen zu vergüten und die für diese nachweisbar entstandenen notwendigen Nebenkosten zu erstatten. Zudem ist der Auftraggeber berechtigt, den noch nicht vollendeten Teil der Leistung zu Lasten des Auftragnehmers durch einen Dritten ausführen zu lassen; in diesem Fall trägt der Auftragnehmer die Mehrkosten, die durch und in Zusammenhang mit der Beauftragung des Dritten entstehen. Die Ansprüche des Auftraggebers auf Ersatz des etwa entstehenden weiteren Schadens bleiben bestehen.

(4) Der Auftraggeber kann den Vertrag gemäß § 648 BGB mit den dort geregelten Vergütungsfolgen kündigen; auch diese Kündigung bedarf der Schriftform. Sonstige vertragliche oder gesetzliche Ansprüche des Auftraggebers bleiben unberührt.

§ 13 Abnahme

(1) Der Auftraggeber nimmt die Leistungen des Auftragnehmers nach Erbringung der beauftragten Leistung ab; Voraussetzung ist, dass die Leistungen abnahmefähig fertig gestellt sind und keine wesentlichen Mängel erkennen lassen. Abgesehen vom gesetzlich geregelten Fall in § 650s BGB (Teilabnahme nach Abnahme der letzten Leistung des bauausführenden Unternehmers oder der bauausführenden Unternehmer) hat der Auftragnehmer auf Teilabnahmen keinen Anspruch.

(2) Die Abnahme hat gemeinsam und förmlich zu erfolgen. Das Ergebnis der Abnahme ist nach gemeinsamer Verhandlung in einem Protokoll festzuhalten; im Protokoll sind vorhandene Mängel festzustellen und die vertraglichen Erfüllungsansprüche vorzubehalten. Jede Partei erhält eine Ausfertigung des Protokolls.

(3) Die Abnahmewirkungen treten auch ein, wenn der Auftraggeber dem Auftragnehmer schriftlich erklärt, dass er die Leistungen des Auftragnehmers als vertragsgemäß anerkennt.

§ 14 Mängelansprüche und deren Verjährung

(1) Die Mängelansprüche des Auftraggebers sind die gesetzlichen Ansprüche des Werkvertragsrechts (§§ 633 ff. BGB) mit der Modifikation, dass der Rücktritt vom Vertrag ausgeschlossen ist; stattdessen gelten die Kündigungsregelungen nach § 648a BGB i. V. m. § 12 AVB.

(2) Die Mängelansprüche des Auftraggebers gegen den Auftragnehmer aus diesem Vertragsverhältnis verjähren nach Ablauf von fünf Jahren. Die Verjährungsfrist beginnt mit der Abnahme nach § 13 AVB. Wurde eine Teilabnahme durchgeführt, beginnt die Verjährung in Bezug auf die davon erfassten Leistungen mit der Teilabnahme.

(3) Leistungen, die schon während der Ausführung als mangelhaft oder vertragswidrig erkannt werden, hat der Auftragnehmer auf eigene Kosten durch mangelfreie zu ersetzen. Hat der Auftragnehmer den Mangel oder die Vertragswidrigkeit zu vertreten, hat er auch den daraus entstehenden Schaden zu ersetzen. Kommt der Auftragnehmer der Pflicht zur Beseitigung des Mangels nicht nach, so kann ihm der Auftraggeber eine angemessene Frist zur Beseitigung des Mangels setzen und erklären, dass er ihm nach fruchtlosem Ablauf der Frist den Auftrag entziehe; der Auftraggeber kann nach fruchtlosem Ablauf der Frist den Vertrag kündigen (Entziehung des Auftrags). Auch für diese Mängel beginnt die Verjährungsfrist entsprechend Abs. 2 mit der Abnahme nach § 13 AVB.

§ 15 Haftung

(1) Der Auftragnehmer haftet nach den gesetzlichen Vorschriften. Er hat insbesondere auch den Schaden an der baulichen Anlage wegen eines schuldhaften Verstoßes gegen die anerkannten Regeln der Technik zu ersetzen.

(2) Für die Verletzung gewerblicher Schutzrechte haftet im Verhältnis der Vertragsparteien zueinander der Auftragnehmer allein, wenn er selbst das geschützte Verfahren oder die Verwendung geschützter Gegenstände angeboten oder wenn der Auftraggeber die Verwendung vorgeschrieben und auf das Schutzrecht hingewiesen hat.

(3) Soweit eine Vertragspartei von einem Dritten für einen Schaden in Anspruch genommen wird, den die andere Vertragspartei zu tragen hat, kann sie verlangen, dass die andere Vertragspartei sie von der Verbindlichkeit gegenüber dem Dritten befreit. Sie darf den Anspruch des Dritten nicht anerkennen oder befriedigen, ohne der anderen Vertragspartei vorher Gelegenheit zur Äußerung gegeben zu haben.

§ 16 Haftpflichtversicherung

(1) Der Auftragnehmer muss eine Berufshaftpflichtversicherung nachweisen. Er hat zu gewährleisten, dass zur Deckung eines Schadens aus dem Vertrag Versicherungsschutz in Höhe der im Vertrag genannten Deckungssummen besteht. Es ist der Nachweis zu erbringen, dass für das Zusammenfallen mehrerer Schadensfälle gewährleistet ist, dass die Maximierung der Ersatzleistung mindestens das Zweifache der Versicherungssumme beträgt. Bei Arbeitsgemeinschaften muss Versicherungsschutz für jedes Mitglied bestehen.

(2) Der Auftragnehmer hat vor dem Nachweis des Versicherungsschutzes keinen Anspruch auf Leistungen des Auftraggebers. Der Auftraggeber kann Zahlungen vom Nachweis des Fortbestehens des Versicherungsschutzes abhängig machen.

(3) Der Auftragnehmer ist zur unverzüglichen schriftlichen Anzeige verpflichtet, wenn und soweit Deckung in der vereinbarten Höhe nicht mehr besteht.

§ 17 Erfüllungsort, Streitigkeiten, Gerichtsstand, Sprache

(1) Erfüllungsort für die Leistungen des Auftragnehmers ist die Baustelle, soweit diese Leistungen dort zu erbringen sind, im Übrigen der Sitz der vertragschließenden Stelle des Auftraggebers.

(2) Bei Streitigkeiten aus dem Vertrag soll der Auftragnehmer zunächst die Behörde anrufen, die der vertragschließenden Stelle unmittelbar vorgesetzt ist.

(3) Soweit die Voraussetzungen gem. § 38 der Zivilprozessordnung (ZPO) vorliegen, richtet sich der Gerichtsstand für Streitigkeiten nach dem Sitz der für die Prozessvertretung des Auftraggebers zuständigen Stelle.

(4) Streitfälle berechtigen den Auftragnehmer nicht, die Arbeiten einzustellen.

(5) Bei Auslegung des Vertrages ist ausschließlich der in deutscher Sprache abgefasste Vertragswortlaut verbindlich. Erklärungen und Verhandlungen erfolgen in deutscher Sprache. Für die Regelung der vertraglichen und außervertraglichen Beziehungen zwischen den Vertragspartnern gilt ausschließlich das Recht der Bundesrepublik Deutschland. Alle Erklärungen und Verhandlungen sowie die Darstellung der Ergebnisse der Leistungserbringung einschließlich aller Zwischenschritte erfolgen in deutscher Sprache.

§ 18 Arbeitsgemeinschaft

(1) Sofern eine Arbeitsgemeinschaft Auftragnehmer ist, übernimmt das mit der Vertretung beauftragte, im Vertrag genannte Mitglied die Federführung. Es vertritt alle Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft dem Auftraggeber gegenüber. Beschränkungen seiner Vertretungsbefugnis, die sich aus dem Arbeitsgemeinschaftsvertrag ergeben, sind gegenüber dem Auftraggeber unwirksam.

(2) Für die Erfüllung der vertraglichen Verpflichtungen haftet jedes Mitglied der Arbeitsgemeinschaft auch nach deren Auflösung gesamtschuldnerisch.

(3) Die Zahlungen werden mit befreiender Wirkung für den Auftraggeber ausschließlich an den im Vertrag genannten Vertreter der Arbeitsgemeinschaft oder nach dessen schriftlicher Weisung geleistet. Dies gilt auch nach Auflösung der Arbeitsgemeinschaft.

§ 19 Schriftform

Änderungen und Ergänzungen des Vertrages bedürfen der Schriftform. Selbiges gilt für die Änderungen und Ergänzungen dieser Schriftformklausel.

§ 20 Umsatzsteuer

Die Umsatzsteuer ist gemäß Umsatzsteuergesetz in Abschlagsrechnungen mit dem zum Zeitpunkt des Entstehens der Steuer, in Teilschluss- und Schlussrechnungen mit dem zum Zeitpunkt des Bewirkens der Leistung geltenden Steuersatz anzusetzen. Bei Überschreiten von Vertragsfristen, die der Auftragnehmer zu vertreten hat, gilt der bei Fristablauf maßgebende Steuersatz.

Zusätzliche Vertragsbedingungen zur Umsetzung der gesetzlichen Vorgaben der §§ 13 bis 15 NTVergG bei der Vergabe von Dienstleistungsaufträgen

1. Zahlung von Mindestentgelten

Der Auftragnehmer hat sich verpflichtet, im Fall der Auftragserteilung den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern im Sinne des § 22 Mindestlohngesetz (MiLoG) in seinem Unternehmen bei der Ausführung der beauftragten Leistung, die innerhalb des Gebietes der Bundesrepublik Deutschland erbracht wird, mindestens ein Mindestentgelt nach den Vorgaben des Mindestlohngesetzes zu zahlen und den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die von Regelungen nach § 1 Abs. 3 MiLoG erfasst werden, mindestens ein Mindestentgelt nach den Vorgaben dieser Regelungen zu zahlen. Diese können sich ergeben aus:

- den Regelungen des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes (AEntG),
- den Regelungen des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes (AÜG)
- der auf Grundlage des AEntG oder AÜG erlassenen Rechtsverordnungen sowie
- aus einem auf der Grundlage von § 5 des Tarifvertragsgesetzes für allgemeinverbindlich erklärten Tarifvertrag im Sinne von § 4 Absatz 1 Nummer 1 sowie §§ 5 und 6 Absatz 2 des AEntG.

Die Pflicht des Auftragnehmers zur Zahlung des Mindestentgelts erstreckt sich auch auf Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die im Sinne des Gesetzes zur Regelung der Arbeitnehmerüberlassung entliehen sind und bei der Ausführung der Leistung eingesetzt werden. In diesem Fall ist der Auftragnehmer verpflichtet, die Zahlung von Mindestentgelten auch den Verleihunternehmen aufzuerlegen, die Abgabe der entsprechenden Verpflichtungserklärungen mit diesen zu vereinbaren, von diesen einzufordern und dem Auftraggeber vorzulegen.

Das Mindestentgelt erfasst nur solche Entgeltzahlungen, die zur Abgeltung der im Rahmen der Auftragsausführung erbrachten Arbeitsleistung regelmäßig zu zahlen sind. Nicht von dem Mindestentgelt erfasst sind vermögenswirksame Leistungen oder Sonderleistungen, die nicht mit der Arbeitsleistung in einem funktionalen Zusammenhang stehen. Auf die entsprechende Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichtes wird verwiesen, vgl. BAG, Urteil vom 18.04.2012 – 4 AZR 139/10; BAG E 109, 244.

2. Verpflichtung von Nachunternehmen

Der Auftragnehmer ist weiter verpflichtet, die in Ziffer 1 genannten Verpflichtungen zur Zahlung von Mindestentgelten auch den von ihm eingesetzten oder von Nachunternehmen eingesetzten Nachunternehmen aufzuerlegen, die Abgabe der entsprechenden Verpflichtungserklärungen mit diesen zu vereinbaren, von diesen einzufordern und dem Auftraggeber vorzulegen. Die Verpflichtung von Nachunternehmen zur Zahlung des Mindestentgeltes nach Ziffer 1 besteht nur für Leistungen, die das beauftragte Nachunternehmen innerhalb des Gebietes der Bundesrepublik Deutschland erbringen wird. Die Verpflichtungserklärungen können nach Maßgabe des § 13 Abs. 1 Satz 4, 5 i.V.m. § 8 Abs. 1 NTVergG auch im Wege der Präqualifikation erbracht werden.

Vorstehende Verpflichtungen beziehen sich auf die Verpflichtungserklärungen über die Zahlung von Mindestentgelten nach § 4 Abs. 1 NTVergG.

Die Erklärungen sind **vor Einsatz** des jeweiligen Nachunternehmens einzufordern und dem Auftraggeber vorzulegen.

Auf die Vorlage dieser Erklärungen und Nachweise vom Nachunternehmer wird verzichtet, soweit der Anteil des Auftrages, der auf das jeweilige Nachunternehmen entfällt, weniger als 3.000 Euro (ohne Umsatzsteuer) beträgt. Diese Vereinfachungsregelung entbindet jedoch nicht von der Pflicht zur Einhaltung der Vereinbarungen zwischen Auftragnehmer und Nachunternehmer.

Die Mindestentgeltverpflichtung bezieht sich jeweils auf das beauftragte Nachunternehmen. Soweit keine Mindestentgeltregelung nach § 4 Abs. 1 Nr. 2 NTVergG existiert, ist das Mindestentgelt nach den Vorgaben des Mindestlohngesetzes gemäß § 4 Abs. 1 Nr. 1 NTVergG zu zahlen.

Nachunternehmen im Sinne dieser Regelungen sind in der Regel rechtlich selbständige Unternehmen, die von dem beauftragten Auftragnehmer zur Erbringung der ausgeschriebenen Leistung herangezogen werden, die in sich abgeschlossene Teilleistungen bilden und nicht nur untergeordnete Hilfsdienste oder bloße Zulieferungen darstellen. Der Auftragnehmer hat diese rechtliche Einordnung der von ihm zur Ausführung eingesetzten Dritten in eigener Verantwortung zu prüfen. Die Regelung des § 4 Nr. 4 VOL/B bleibt unberührt.

3. Kontrollrechte

3.1 Allgemeines Kontrollrecht des Auftraggebers

Die Vertragsparteien vereinbaren vor dem Hintergrund der Regelung in § 14 Abs. 1 NTVergG ein allgemeines Recht des Auftraggebers zur jederzeitigen Kontrolle, ob der Auftragnehmer und die zur Auftragsausführung eingesetzten Nachunternehmen und Verleihunternehmen die von ihnen im Hinblick auf das NTVergG übernommenen Pflichten erfüllen.

3.2 Kontrollrechte des Auftraggebers und Vertragspflichten des Auftragnehmers im Hinblick auf die Pflicht zur Zahlung des Mindestentgelts

Der Auftragnehmer ist verpflichtet, **bis zur vollständigen Leistungserbringung jederzeit** auf Verlangen des Auftraggebers die Grundlage für seine Zahlungsverpflichtung des Mindestentgelts i.S.d. § 4 Abs. 1 NTVergG offenzulegen und Kontrollen über die Einhaltung und Umsetzung dieser Zahlungspflicht zu ermöglichen. Zu diesem Zweck hat der Auftragnehmer die zur Kontrolle erforderlichen Unterlagen, Arbeitsnachweise der Beschäftigten und Nachweise über Entgeltzahlungen an die Beschäftigten, die zur Ausführung der Leistung eingesetzt sind, bereit zu halten und dem Auftraggeber jederzeit auf dessen Anforderung auszuhändigen. Um die Einhaltung der in Ziffer 1 und 2 genannten Vertragspflichten zu überprüfen, ist der Auftraggeber berechtigt, die im Einzelfall erforderlichen Maßnahmen zu treffen, insbesondere Leistungsorte/Baustellen und/oder Geschäftsräume zu betreten, Beschäftigte zu befragen, Einsicht in Unterlagen, insbesondere in Lohn- und Meldeunterlagen, Bücher und andere Geschäftsunterlagen und Aufzeichnungen zu nehmen, aus denen Umfang, Art, Dauer und tatsächliche Entlohnung der Beschäftigten hervorgehen oder abgeleitet werden können. Die Unterlagen sind nach Auftragserteilung vollständig und prüffähig bereit zu halten.

Die vorstehenden Pflichten sind mit Zuschlag Vertragsbestandteil. Sie gelten auch nach vollständiger Erfüllung der Hauptleistungspflichten durch den Auftragnehmer in entsprechender Anwendung des § 147 Abgabenordnung für zehn (10) Jahre nach Ende des Kalenderjahres, in dem die Hauptleistung des Auftragnehmers vollständig und vertragsgerecht erbracht wurde.

Nach vollständiger Leistungserbringung wird der Auftraggeber eine angemessene Frist zur Bereitstellung und Vorlage der o.g. Unterlagen setzen.

Der Auftragnehmer ist verpflichtet, seine Beschäftigten auf die Kontroll- und Nachweispflichten gegenüber dem Auftraggeber hinzuweisen. Ihm ist bekannt, dass die Umsetzung und Ausübung der Kontrollrechte durch den Auftraggeber nicht von der Einwilligung der Beschäftigten abhängt. Die Verpflichtung des Auftragnehmers zur Erfassung, Bereithaltung und Offenlegung der personenbezogenen Daten ist zur Prüfung der Verpflichtung zur Zahlung des vereinbarten Mindestentgelts erforderlich und gilt daher unabhängig davon, ob die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie sonstigen zur Auftragsausführung Beschäftigten ihre Einwilligung zur Erfassung und Offenlegung der personenbezogenen Daten erteilen.

Vorstehende Pflichten bestehen in gleicher Weise für eingesetzte Nachunternehmen und Verleihunternehmen. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, die von ihm eingesetzten Nach- und Verleihunternehmen sowie etwaige dritte Nach- und Verleihunternehmen, die für die Ausführung des Auftrags eingesetzt sind, seinerseits auf Einhaltung der Vertragspflichten gem. Ziffer 1 und 2 zu kontrollieren und dem Auftraggeber die Einhaltung der Verpflichtungen auf dessen Verlangen jederzeit nachzuweisen.

Die in Ziffer 2 genannte Pflicht zur Vorlage von Erklärungen von Nachunternehmen gilt nicht, sofern und soweit der Auftraggeber gemäß § 13 Abs. 3 NTVergG auf die Vorlage von Erklärungen verzichtet. Auch in diesem Fall ist der Auftragnehmer verpflichtet, für die Zahlung des entsprechenden Mindestentgelts Sorge zu tragen und dies dem Auftraggeber auf Verlangen nachzuweisen.

4. Sanktionen / Vertragsstrafe / Kündigungsrecht

Die Vertragspartner vereinbaren für jeden schuldhaften Verstoß des Auftragnehmers und der von ihm oder durch seine Nach- oder Verleihunternehmen beauftragten Nach- oder Verleihunternehmen gegen die vorstehend erfassten Vertragspflichten gem. Ziffer 1, 2 und Ziffer 3.2 die Zahlung einer Vertragsstrafe in Höhe von 1 vom Hundert des Auftragswertes netto - basierend auf dem Auftragswert im Zeitpunkt der Beauftragung; bei mehreren Verstößen gegen die Vertragspflichten auf Grundlage des § 4 Abs. 1 NTVergG darf die Summe der Vertragsstrafen 10 vom Hundert des Auftragswertes nicht überschreiten.

Diese Vertragsstrafenregelung bezieht sich explizit ausschließlich auf schuldhafte Vertragspflichtverstöße im Zusammenhang mit den vorgenannten Vertragsregelungen der Ziffern 1, 2 und 3.2, die auf den gesetzlichen Regelungen des NTVergG basieren. Die Vereinbarung von Vertragsstrafen für andere Verstöße gegen Vertragspflichten, etwa über die Vereinbarung von Terminen und Fristen, bleibt hiervon unberührt.

Schuldhaft ist auch ein Verstoß gegen Vertragspflichten, der durch Nach- oder Verleihunternehmen begangen wird, wenn und soweit dieser Verstoß als schuldhafter Verstoß des Auftragnehmers gegen eigene Nebenpflichten einzuordnen ist. Dies ist dann nicht der Fall,

Erklärung auf Basis der Musterregelungen der Servicestelle zum Niedersächsischen

Tariftreue- und Vergabegesetz (NTVergG) beim Niedersächsischen Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr

wenn der Auftragnehmer schlüssig nachweist, dass er die Einhaltung der Mindestentlohnungspflichten durch die eingesetzten Nach- und Verleihunternehmen regelmäßig kontrolliert und sichergestellt hat. Die Zahlung einer Vertragsstrafe wird daher auch für den Fall vereinbart, dass der Verstoß durch ein Nachunternehmen oder ein Verleihunternehmen begangen wird und das beauftragte Unternehmen den Verstoß kannte oder kennen musste. Den Vertragsparteien ist bekannt, dass das Gebot der Verhältnismäßigkeit bei der Verwirkung der Vertragsstrafe zu beachten ist und die Vertragsstrafe vom Auftraggeber auf Antrag des Auftragnehmers auf einen angemessenen Betrag herabgesetzt werden kann.

Neben der Vertragsstrafenregelung vereinbaren die Parteien für den Fall der schuldhaften und nicht nur unerheblichen Nichterfüllung der sich aus den in Ziffer 1, 2 und 3.2 genannten Vertragspflichten durch den Auftragnehmer oder durch einen von diesem oder einem Nach- oder Verleihunternehmen eingesetzten Nach- oder Verleihunternehmen das Recht des Auftraggebers zur fristlosen Kündigung aus wichtigem Grund. § 8 VOL/B und etwaige andere vertragliche Kündigungsrechte bleiben unberührt.

Der Auftragnehmer informiert die eingesetzten Nach- und Verleihunternehmen über die drohenden Sanktionen im Fall schuldhafter Verstöße gegen die in Ziffer 1, 2 und/oder 3.2 vereinbarten Verpflichtungen.

Dem Auftragnehmer ist bekannt, dass der Auftraggeber die für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach § 21 MiLoG, nach § 23 AEntG und nach § 16 AÜG zuständigen Stellen über Verstöße des Auftragnehmers bzw. der Nach- oder Verleihunternehmen gegen die auf Grundlage des § 4 Abs. 1 NTVergG vereinbarten Mindestentgeltregelungen informieren.

5. Rechtliche Hinweise und Regelung zur Teilnichtigkeit

Sollte eine der vorstehenden Regelungen unwirksam sein, bezieht sich die Unwirksamkeit ausschließlich auf die jeweilige Teilregelung und nicht auf die Vertragsregelungen insgesamt. § 139 BGB wird ausdrücklich abbedungen.

Verfahren: 2026002554 - Regionalmanagement Nordostniedersachsen - Wasserstoffwirtschaft

EIGNUNGSKRITERIEN

Keine Eignungskriterien festgelegt.

Typ	Dateiname	Größe	MIME-Type
Dateianlage	D01_REM-Wasserstoffwirtschaft_VgV_EU_Teilnahmeantrag.docx	37,23 KB	docx
Dateianlage	D02_REM-Wasserstoffwirtschaft_VgV_Eigenerklärung-Eignung.docx	43,04 KB	docx
Dateianlage	D03_REM-Wasserstoffwirtschaft_VgV_Bewerbergemeinschaft.docx	30,69 KB	docx
Dateianlage	D04_REM-Wasserstoffwirtschaft_VgV_Projektverantwortliche.docx	29,67 KB	docx
Dateianlage	D05_REM-Wasserstoffwirtschaft_VgV_Unterauftragnehmer.docx	25,33 KB	docx
Dateianlage	D06_REM-Wasserstoffwirtschaft_VgV_Eignungsleihe.docx	23,85 KB	docx
Dateianlage	D07_REM-Wasserstoffwirtschaft_VgV_Verpflichtung-Eignungsleihe.docx	27,77 KB	docx
Dateianlage	D08_REM-Wasserstoffwirtschaft_VgV_Wirtschaftsverknüpfungen.docx	25,85 KB	docx
Dateianlage	Vergabeunterlagen_Entwurf_Angebotsphase_Stand 260521.pdf	7,93 MB	pdf